

Einmischen und Mitreden

Modellkonzepte politischer
Jugendbildung an
Volkshochschulen



Herausgegeben vom:



Deutscher
Volkshochschul-Verband

Obere Wilhelmstraße 32
53225 Bonn
E-Mail: info@dvv-vhs.de
Netz: www.dvv-vhs.de

Redaktion: Anna Grüner, Sascha Rex

Satz, Layout: shetani.media
www.shetani.de

Druck: Druckerei Engelhardt

Fotos: DVV und Volkshochschulen;
pixelio.de

Die Publikation wurde durch das
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

ISBN: 978-3-942755-94-8

Bibliografische Information der
Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© DVV, Bonn 2013

I. Zur Einführung

06 Erfolgreiche Modelle
politischer Jugendbildung
an Volkshochschulen

76 **III. DVV: Zentralstelle für
politische Jugendbildung**

84 **IV. Literatur**

II. Praxisbeispiele

- 12 Baustelle Demokratie
Bremerhavener Jugendliche bauen auf das Grundgesetz
- 18 Von der Fremde zur Heimat
Deutsch-türkisches Anwerbeabkommen 1961 am Beispiel von Lengerich
- 26 „Wo geht's denn hier zum Amt?“
Ämterrallye in Köln
- 30 Mit Jugendkulturen gegen Gewalt und Intoleranz
HipHop Academy in Parchim
- 36 Nazis. Verfolgung. Krieg.
NS-Geschichte in der Einwanderungsgesellschaft
- 42 Grenzspuren und Grenzerfahrungen
Jugendliche entwickeln Bildungsmaterialien zur deutsch-deutschen Teilung
- 48 DDR-Geschichte inklusive
Junge Menschen mit und ohne Handicaps entwerfen einen Stadtrundgang durch Schwerin
- 54 Connecting Youth
Wie man das weltweite Web beim Wort nimmt
- 58 „Das fängt im Wohnzimmer an“
In der Demokratiewerkstatt bestimmen Jugendliche, was Politik für sie heißt
- 62 Political and Cultural Guide
Ausbildung von jugendlichen Gästeführern in Sachsen-Anhalt
- 70 Dein erstes Mal?
Europawahl für Erstwähler



Zur Einführung

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Bildsachen gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Rechte der persönlichen Ehre. (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbehrt nicht der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft. (3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosten drohen. (4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft. (5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Erfolgreiche Modelle politischer Jugendbildung an Volkshochschulen

Der 15jährige Julian aus Kellinghusen diskutiert mit Gregori aus Venezuela über das Thema Homophobie. Kinder und Jugendliche aus Lengericher Haupt- und Förderschulen entwickeln gemeinsam mit Studenten der Fachhochschule für Sozialwesen in Münster Projekte zum fünfzigsten Jahrestag des Anwerbeabkommens der Bundesrepublik Deutschland mit der Türkei. Und junge Männer und Frauen aus Parchim rappen zum Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit...

Projekte der politischen Jugendbildung an Volkshochschulen sind vielfältig und anspruchsvoll. Vielfältig, da die jungen Teilnehmenden mit unterschiedlichsten Methoden lernen und Themen aus ihrem Alltag wie auch aus der „Großen Politik“ aufgreifen. Anspruchsvoll, da die Projekte stets ergebnisoffen sind – hier wird nicht konsumiert, sondern selbst etwas geplant und geschaffen.

Politische Jugendbildung an Volkshochschulen hat Tradition. Seit 1956 bereits ist der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) als Träger der politischen Jugendbildung im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP) Partner für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die geförderten Volkshochschulen. Seit 2005 un-

terstützt die Volkshochschulen hierbei die „Zentralstelle für politische Jugendbildung“ in der Bonner Geschäftsstelle des DVV. Die Zentralstelle ist zuständig für die Information und Beratung über Fördermöglichkeiten sowie die Administration, Dokumentation, Qualitätssicherung und Evaluierung der geförderten Maßnahmen. Darüber hinaus werden Vernetzungstreffen, Methodenschulungen und Fachtagungen für die hauptamtlichen und nebenberuflichen Kräfte an den Volkshochschulen organisiert.

Über hundert Volkshochschulen aus dem gesamten Bundesgebiet sind mittlerweile im Programm registriert. Jedes Jahr werden 150 bis 200 Maßnahmen aus der breiten Palette außerschulischer politischer Bildung an Volkshochschulen aus Mitteln des KJP gefördert. Bis zu 6000 junge Menschen von 10 bis 26 Jahren profitieren von diesen Maßnahmen. Die inhaltliche Bandbreite reicht von der Förderung von Partizipation im kommunalen Raum bis hin zu Projekten der Geschichts- und Umweltbildung. Interkulturelle Trainings, geschlechterreflektierende Angebote sowie Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus sind ebenso Felder, in denen die Volkshochschulen aktiv sind. Die Bildungskonzepte orientieren sich an den Bedarfen und Bedürfnissen der jungen Menschen. Lebensweltnah und niedrigschwellig müssen die Angebote gestaltet



sein, damit sie von den jungen Menschen angenommen werden. So gelingt es den Volkshochschulen, gerade auch Jugendliche und junge Erwachsene aus den sogenannten „bildungsfernen Milieus“ für ihre politische Bildungsarbeit zu gewinnen.

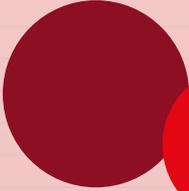
Ein besonderes Augenmerk der Zentralstelle liegt auf der Förderung von Konzepten, die sowohl in Bezug auf die Arbeitsstruktur als auch auf Methode und Thema modellhaften Charakter für die politische Jugendbildung in den Volkshochschulen tragen. Diese werden in enger Kooperation des DVV mit der beteiligten Volkshochschule initiiert, geplant und durchgeführt. Anschließend werden die entwickelten und erprobten Konzepte dokumentiert und mit Hilfe von Publikationen und Präsentationen

in den Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der außerschulischen politischen Jugendbildung verbreitet. Bei den Modellkonzepten geht es um mehr als das konkrete Vorhaben vor Ort: erprobt werden innovative Ansätze zur Projektplanung und -umsetzung. So werden Chancen besonderer Kooperationen und der Verbindung von ganz unterschiedlichen Methoden und Themen ausgelotet.

Das Ziel der Förderung politischer Jugendbildung an Volkshochschulen durch die Zentralstelle beim DVV ist klar: hier werden Konzepte angestoßen, in denen Jugendliche zum eigenen Denken und Handeln motiviert werden. Es werden Zielgruppen gewonnen, die beim Stichwort „Politik“ oftmals erst einmal dicht machen. Und es wird auspro-



biert, wie die jungen Menschen aktiv in die Programmplanung und Programmgestaltung mit eingebunden werden können. Das bedeutet für die Kinder und Jugendlichen, dass sie selbst für das verantwortlich sind, was am Ende einer Veranstaltung oder eines Projekts herauskommt. Für die Programmplanenden und die Dozentinnen und Dozenten an den Volkshochschulen bedeutet dies ein gewisses Maß an Chaosbereitschaft. Viel Einsatz ist gefragt, plant man Projekte mit besonderen Zielgruppen und Kooperationspartnern oder mit innovativen Lernmethoden. Die Beispiele, die in dieser Broschüre vorgestellt werden, zeigen, dass sich der Aufwand lohnt!



Praxisbeispiele



Baustelle Demokratie

Bremerhavener Jugendliche bauen auf das Grundgesetz

„Was bringen uns Regeln, wenn sich nicht jeder dran hält. Viele zieh'n die Sachen so durch, wie's ihnen gefällt. Die Freiheit meiner Person ist unverletzlich. Mein Leben ist einzigartig und unersetzlich!“ Der Rap der Jugendlichen ist der Sound zu einem Musikvideo mit Szenen von Gewalt auf der Straße und auf dem Schulhof. Unterlegt ist weiße Schrift mit Artikel 2 (2) des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. [...]“

Dieser ungewöhnliche Zusammenschritt ist die Produktion einer Gruppe von Jugendlichen, die an einem DVV-Modellkon-

zept im Jahr 2009 teilgenommen hat. Das 60-jährige Jubiläum des Grundgesetzes war der Anlass, zu dem die Volkshochschule Bremerhaven in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen ein Projekt anstieß, in dem die rechtliche und politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt stand. Die Jugendlichen zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den verfassungsmäßig festgeschriebenen Werten und Grundrechten anzuregen und ihre Relevanz für das friedliche Miteinander der Gesellschaft zu erfassen – das waren die Ziele des groß angelegten Projekts.



Gesellschaft ohne Regeln?!

Das Projekt „Baustelle Demokratie“ beteiligte mehrere Gruppen verschiedenen Alters, die teilweise nur sehr geringe oder gar keine Vorkenntnisse über die Verfassung der Bundesrepublik mitbrachten. Die jungen Menschen kamen größtenteils aus dem Stadtteil Lehe im Bremerhavener Norden, der besonders hohe Arbeitslosigkeits- und Armutsraten aufweist. Schülerinnen und Schüler von Realschulen und Gymnasien waren ebenso involviert wie junge Menschen, die im Rahmen einer Beschäftigungsmaßnahme eine Ausbildung absolvierten. Das Projekt setzte bei Fragen aus dem Alltag der jungen Leute an. Es zeigte sich, dass hinter dem vermeintlich trockenem Oberthema „Grundgesetz“

die Diskussion gesellschaftlicher Werte und Normen stand, welche den Jugendlichen wichtig sind und deren Wert sie für ihr eigenes Leben erkennen.

Ausgehend von dem Gedankenspiel, wie eine Gesellschaft ohne Gesetze und Regeln aussehen würde, diskutierten die Jugendlichen, welche Absprachen notwendig sind, damit ein friedliches Zusammenleben gelingen kann. Dabei gingen sie zunächst von privaten Übereinkünften im Freundeskreis und in der Familie aus, betrachteten dann Regeln in der Schule und schlugen schließlich den Bogen bis hin zu Gesetzen und Verfassungsnormen der Bundesrepublik.



Die Dozentinnen und Dozenten gaben eine kurze Einführung in die Entstehungsgeschichte, den historischen Kontext und den Aufbau des Grundgesetzes. Selbstverständlich durften alle Jugendlichen auch ein Exemplar des Grundgesetzes mit nach Hause nehmen.

In unterschiedlichen Arbeitsgruppen setzten sich die Jugendlichen anschließend mit der Präambel und den Artikeln 1 bis 10 des Grundgesetzes auseinander. Die Bedeutung jedes einzelnen Artikels für ihr unmittelbares Erfahrungsumfeld stand dabei im Fokus. „Was ist mir an diesem Artikel besonders wichtig?“, „Wo habe ich ihn schon einmal verteidigt?“ und „Welche Ideen habe ich dazu?“ fragten sie. Anschließend wurden die besprochenen Artikel in den Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Methoden umgesetzt. Die Teilnehmenden dokumentierten ihre Arbeit per Video, so dass als Projektergebnis ein Film entstehen konnte.

Der Projektfilm zeigt, wie kreativ jungen Menschen die Auseinandersetzung mit schwierigen Themen gelingt, wenn sie erkennen, welche Auswirkungen politische

Fragestellungen auf ihr Alltagsleben haben: Sie verfassten Drehbücher für kleine Szenen und setzten diese spielerisch und filmisch um. Sie führten Bürgerbefragungen durch und filmten diese. Die im Grundgesetz verankerten Grundrechte dienten außerdem als Stoff für Improvisationen in einem Theaterworkshop. Daraus entstand ein Stück, das die Jugendlichen später vor einem größeren Publikum aufführten. Nicht zuletzt machten sich die jungen Leute an eine musikalische Auseinandersetzung, in der sie die Verfassungsnormen in Bezug zu ihrem Alltag setzten. In einem Rap-Workshop schrieben sie Texte, lernten Flowtechniken zu unterschiedlichen Beats und nahmen ihre Songs auf. Das alles geschah natürlich unter professioneller Anleitung. Der kurdischstämmige Rapper Crak brachte den Jugendlichen Hintergründe und Techniken von Rap und HipHop nahe und motivierte sie dazu, auch in ihren eigenen Texten ihre gesellschaftliche und politische Kritik zum Ausdruck zu bringen.

Vom Ehrenkodex im HipHop zu Artikel 1 des Grundgesetzes

Die Arbeit mit einem jungen Künstler war eine der Garantien für das Gelingen des Projekts. Der Dozent sprach die Sprache der Jugendlichen und konnte sie für die Auseinandersetzung mit den Grundfragen der Gesellschaft begeistern. So erkannten die Jugendlichen interessanterweise Parallelen zwischen Ehrenkodexen im HipHop und den grundlegenden Werten der Gesellschaft im Grundgesetz. Auch HipHop- und Breakdance-Kulturen verstehen sich als frei von Grenzen der Rasse oder des Geschlechts. Und wer beim Rap und beim Breakdance in einem Battle gegeneinander antritt, muss sich an Regeln halten. „Keine körperlichen

Übergriffe“, „anerkennen, wenn der andere besser ist“ und „die Familie des anderen nicht beleidigen“ – so formulierten die jungen Leute die ungeschriebenen Gesetze der Jugendkultur. Über den Zugang von „Recht und Unrecht in der HipHop-Kultur“ war der Bogen geschlagen zur Diskussion über die Sinnhaftigkeit von Grundregeln im Staat, die für alle gelten: für den einzelnen, für die Politik und auch für Polizei und Richter.

Im Projektverlauf zeigte sich, dass gerade der Begriff der „Würde“ für die jungen Teilnehmenden einen hohen Stellenwert besaß. Die Beschäftigung mit Artikel 1 Abs. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, löste intensive Diskussionen darüber aus, wie dieser Begriff denn eigentlich zu definieren sei. Und es wurde deutlich, dass einige Jugendliche ihre Würde im Alltag insbesondere durch den Mangel an beruflichen Perspektiven verletzt sahen. Negative Blickwinkel auf die persönliche und gesellschaftliche Zukunft wurden hier formuliert. Gerade an diesem Punkt setzte das Projekt an, um auch die Freiheiten und Chancen des Rechtssystems zu vermitteln.

Artikel 2 war Anstoß für hitzige Debatten. „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“, so ist es in Absatz 1 formuliert. Wo aber beginnt die Verletzung der Rechte anderer? Wo sind die Grenzen individueller Freiheiten anzusetzen? Durch Beispiele aus ihrem Alltag beschäftigten sich die jungen Leute ganz konkret mit der Umsetzung von Grundrechten für ein friedliches Miteinander. Nicht immer waren sie hierbei einer Meinung und zeigten dadurch, dass die Auslegung von Grundrechten ein

umstrittenes Feld ist. Als es zu Absatz 2 kam, in dem das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit des Einzelnen gesichert sind, führten die Teilnehmenden zahlreiche Beispiele von Gewalt aus ihrem Alltag auf, in denen sie dieses Grundrecht verletzt sahen.

Wünsche und Hoffnungen für ein friedliches Miteinander

Durch die Auseinandersetzung mit den Grundrechten kamen viele persönliche Problemlagen der Jugendlichen zur Sprache, die im Alltag von Schule und Ausbildung in dieser Form oft gar nicht thematisiert werden. Die jungen Frauen und Männer aus der Beschäftigungsmaßnahme kamen zum Großteil aus schwierigen sozialen Verhältnissen, hatten teilweise Schulabbrüche hinter sich oder mussten als Alleinerziehende bereits in frühen Jahren die Verantwortung für ein Kind tragen. Die Jüngeren sprachen über Probleme in der Schule und zu Hause. Einige der Teilnehmenden berichteten auch über Gewalt in der Familie. Die Artikulation von solchen persönlichen Erfahrungen, aber auch die Gemeinsamkeit zahlreicher Probleme in der Gruppe, stießen Prozesse an, die weit über das Projekt hinausgingen. Schulsozialarbeiter wurden hinzugezogen, um die Gespräche zu begleiten und die jungen Menschen auch nach Abschluss des Projekts zu unterstützen.

Die angewandten Methoden, der technische Einsatz und auch die Räumlichkeiten außerhalb der bekannten Lernorte wurden von den Beteiligten als sehr motivierend

wahrgenommen. Mit ganz unterschiedlichen Vorkenntnissen und Einstellungen gingen die jungen Menschen an das Projekt heran. Letztlich lernten sie durch die kreative Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz jedoch, eigene Sichtweisen zu formulieren und gemeinsam mit anderen ihre Wünsche und Hoffnungen für ein friedliches Zusammenleben zum Ausdruck zu bringen.

Zwischen einzelnen Seminaren und dem Abschlussevent des Projekts lagen mehrere Wochen. Die Schlussveranstaltung war schließlich wie eine Fernsehshow aufgebaut, bei der ein Entertainer durch das Programm führte. Unter dem Motto „Baustelle Demokratie“ schlüpfte er in die Rolle eines Bauarbeiters, der unter die Lupe nahm, auf welchen Grundfesten die Gesellschaft eigentlich gebaut ist. Kleine szenische Darstellungen wurden gezeigt und von den anderen mit Wertschätzung und Applaus aufgenommen. Mit Musik, Informationen und einem Quiz bot der Abschlusstag ein abwechslungsreiches Programm für alle Beteiligten. Die jungen Leute zeigten, welche Regeln ihnen wichtig sind und wie sie sich das Miteinander in Familie, Schule, Stadt und Staat vorstellen.

*Immer wieder – ist es so, muss aber nicht sein
Immer wieder – weint jemand, muss aber nicht weinen
Immer wieder – leidet jemand, muss aber nicht leiden
Immer wieder – leidet jemand, muss aber nicht weinen*

*Warum muss immer wieder einer weinen
das geht doch nicht
das kann doch nicht sein, darum dieser Rhyme...*

*Ich setze mich mit meinem Rap dafür ein
Frieden herzustellen
und beruf' mich auf Artikel zwei.*

*Nummer eins:
ich hab das Recht auf freie Entfaltung
und was ich mache ist ganz klar meine Entscheidung –*

*solange ich die Rechte der andern respektier!
Und deren Freiheit...
Sie nicht tagtäglich terrorisier'*

*Jeder hat das Recht auf Leben
und nach diesen einfachen Regeln
müssen wir alle streben...*

*Immer wieder – ist es so, muss aber nicht sein
Immer wieder – weint jemand, muss aber nicht weinen
Immer wieder – leidet jemand, muss aber nicht leiden
Immer wieder – leidet jemand, muss aber nicht weinen*

[REPEAT]

*Warum gibt es immer mehr Hass
warum all das
dieser Track hat 'ne Menge Bass*

*So viele denken Klick Klack Bäng
und das war's
nur innerhalb von 16 bars...*

Raptext einer Schülergruppe der integrierten Stadtteilschule Lehe in Bremerhaven unter der Leitung von Crak (Gökdan Yüksek).



**Von der Fremde
zur Heimat**

Deutsch-türkisches Anwerbeabkommen 1961 am Beispiel von Lengerich

Ein besonderes Datum der deutschen Einwanderungsgesellschaft, den 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei, nahm die VHS Lengerich 2011 zum Anlass, ein besonderes Projekt durchzuführen. In einer aufwändigen, mehrere Monate laufenden Kooperation mit Studierenden der Fachhochschule Münster (Seminar „Interkulturelle Kompetenzen“) und verschiedenen Schulen der Stadt Lengerich im Kreis Steinfurt/NRW wurde Einwanderungsgeschichte von Jugendlichen – davon vielen aus Familien mit Migrationserfahrung – in lebendiger, selbsttätiger Form aufgearbeitet und für die kommunale Öffentlichkeit transparent gemacht.

1961 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit der Türkei einen Vertrag, der deutschen Firmen erlaubte, türkische Mitarbeiter anzuwerben. In Lengerich nutzen viele Firmen dieses Angebot, es zogen viele türkische Arbeiter in diese Region und fanden bei ortsansässigen Firmen eine Stelle. Mit welchen Ereignissen, Erlebnissen, Schwierigkeiten und Umbrüchen diese Zuwanderung einherging, war eine Fragestellung, die Lengericher Jugendgruppen bearbeiteten. Zeitzeugen und Geschichtsforschung brachten interessante Ergebnisse.

„Im Fokus standen die Ereignisse in und für Lengerich, erforscht wurde erlebte Geschichte, auch aus der eigenen Familie. Fazit und Ziel sollte es sein, die Bedeutung für die Zeit sowohl aus politischer als auch aus kultureller Perspektive zu diskutieren“, erklärt Angelika Weide, die zuständige VHS-

Mitarbeiterin, die Zielsetzung des Projekts. Es sollte geklärt werden, welche Bedeutung das zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei geschlossene Anwerbeabkommen für Lengerich aus wirtschafts- und regionalhistorischer Sicht besaß.

Papier mit weitreichenden Folgen

Kaum jemand ahnte die bis heute prägenden Folgen des zweiseitigen Dokuments, in dem das Auswärtige Amt in Bonn mit der türkischen Botschaft am 30. Oktober 1961 die Entsendung von Arbeitskräften aus der Türkei nach Deutschland regelte. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs seit den 1950er Jahren hatte die Bundesregierung zuvor bereits Anwerbeabkommen mit Italien, Spanien und Griechenland abgeschlossen. Nun konnten sich auch türkische Arbeiterinnen und Arbeiter für eine Stelle in Deutschland bewerben. Die boomende deutsche Wirtschaft benötigte dringend neue Arbeitskräfte, während in der Türkei viele junge Menschen ohne Anstellung waren.

Bis 1973 bewarben sich mehr als zweieinhalb Millionen Menschen aus der Türkei um eine Arbeitserlaubnis in Deutschland – wobei nur jeder Vierte genommen wurde. Die Frauen und Männer mussten sich in der Istanbuler Verbindungsstelle einer vielfach als peinlich und erniedrigend wahrgenommenen Gesundheitsuntersuchung unterziehen. Gesunde Arbeiterinnen und Arbeiter wurden gesucht, die in deutschen Fabriken angelehrt werden sollten. Es kamen jedoch nicht nur ungelernete, sondern auch gut aus-

gebildete Menschen. Sie entstammten verschiedenen Regionen der Türkei und ihre Motive für die Auswanderung waren ganz unterschiedlich. Viele Menschen erkannten in der Arbeitsaufnahme in Deutschland schlicht die Chance, der Arbeitslosigkeit in der Türkei zu entkommen. Für andere war der Schritt eine Flucht vor Armut, Repressionen und Verfolgung. Aber auch die Gelegenheit, etwas von der Welt zu sehen oder die Hoffnung, in Europa studieren zu können, waren ausschlaggebend.

„Gastarbeiter“ wurden die Menschen in Deutschland genannt, was einen vorübergehenden Aufenthalt implizierte. Zumeist kamen sie alleine, lebten in Sammelunterkünften und versuchten, Geld für ihre Familien in der Heimat zu sparen. Die Arbeitskräfte aus der Türkei sollten nach der Idee des Anwerbeabkommens eigentlich nur ein, zwei Jahre in Deutschland bleiben. Später wurde die Aufenthaltsdauer aber verlängert – insbesondere, da die Unternehmen in Deutschland merkten, dass das ständige Anlernen neuer Kräfte mit hohen Kosten verbunden war. Seit den späten 1960er Jahren und verstärkt nach dem Anwerbestopp im November 1973 kam es dann vermehrt aber auch zum Familiennachzug. Ab Ende der 1970er Jahre und nach dem Militärputsch am 12. September 1980 kamen darüber hinaus viele türkische Staatsbürger als Asylbewerber. Über 50 Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens bilden Menschen mit türkischer Herkunft nicht nur eine der größten Minderheiten in Deutschland, sie haben auch das Bild des Landes deutlich geprägt



und sind Teil der deutschen Gesellschaft geworden.

Teil des historischen Ereignisses

Für die Lengericher Jugendlichen ist die Geschichte der Türken in Deutschland etwas, was sie nicht nur aus dem Schulbuch erfahren haben. Die jungen Menschen mit Migrationshintergrund kennen ihre Herkunft und ihre Familien sind Teil des historischen Ereignisses. „Mein Vater kann viel über die Anfänge, Erfahrungen und Schwierigkeiten erzählen, die dieser Staatenwechsel mit sich brachte“, berichtet Badem Güney, die als muttersprachliche Förderkraft in den AWO-Kindertagesstätten bei der Integration hilft. Gemeinsam mit anderen Türcinnen und Türcen



ken sowie Deutschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei wirkte sie am Projekt mit. Es war ein Leitgedanke des Lernprozesses, Momente der deutschen Sozialgeschichte anhand von tatsächlich Erlebtem vor Ort, im nahen Umfeld von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufzuarbeiten. Ein wichtiges Element stellten dabei Zeitzeugeninterviews dar. Hier standen zahlreiche Gesprächspartner von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, Firmengründer türkischer Nationalität, Vertreter der Politik, der Kirchen oder der Bildungsarbeit zur Verfügung.

Einmalig am Projekt war die Art der Umsetzung. „Das Besondere daran ist die Kooperation mit der Fachhochschule Münster“,

erläutert Angelika Weide, „denn dort suchte ein Seminar, speziell mit der Ausrichtung bzw. Zielsetzung der interkulturellen Kompetenz die Praxiserfahrung.“ Unter Anleitung der Professorin Dr. Anette Rohmann erarbeiteten die Studierenden aus dem Bereich Sozialwesen die inhaltliche, didaktische und methodische Umsetzung des Themas. 24 Studierende konzipierten zielgruppengerechte Bildungsangebote für die Kinder und Jugendlichen, die Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen in Lengerich besuchen. Die VHS Lengerich koordinierte dabei die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Schulen und sprach entsprechende Gesprächs- und Kooperationspartner aus Politik, Schule, Kirche und Gesellschaft an.

Studierende entwickeln Konzepte

In der Praxisphase setzten die Studierenden die im Seminar entworfenen Bildungskonzepte dann gemeinsam mit ausgebildeten Pädagogen um. Die Kooperation erwies sich als Gewinn für alle Beteiligten: für die beteiligten Bildungseinrichtungen, für die Studierenden und insbesondere für die Kinder und Jugendlichen, denen ein besonderes Bildungsangebot gemacht wurde. Durch die altersmäßige Nähe zwischen den Studierenden und den Teilnehmenden wurde hier mit einer Form gemeinsamen Lernens experimentiert, die sich in der Praxis gut bewährte. Auf Grundlage einer fast paritätischen Kommunikationsbasis konnten die Jugendlichen neue Lernerfahrungen machen, die im Rahmen schulischen Unterrichts kaum möglich sind. „Das war eine Gelegenheit, die sich durch Zufall bot und so einmalig ist, dass über den Kinder- und Jugendplan des Bundes für dieses Modell eine besondere Förderung möglich wurde“, so die Projektverantwortliche an der VHS. Als ein Modellkonzept der Zentralstelle beim Deutschen Volkshochschul-Verband wurde hier ein innovativer Ansatz der Konzeption und Umsetzung eines Projekts erprobt und dokumentiert.

Die kreativen und innovativen Methoden der außerschulischen Bildung kamen bei den Jungen und Mädchen sehr gut an. Das Lernen fand nicht im Klassenraum, sondern draußen „im Feld“ statt. Mit Kameras ausgestattet streiften Jugendliche durch Lenge- rich und fotografierten gemäß Auftrag alle





typischen Eigenheiten und Gegensätze, die sie mit der Türkei und Deutschland verbinden. Herausgekommen sind Bildkollagen, die noch während der Zusammenstellung für rege Diskussion sorgten, „aber auch Vorurteile ansprachen und Gott sei Dank abbauten“, erklärt der Münsteraner Student „Niklas Brandt. Er hatte gemeinsam mit seinen Kommilitonen das Projekt mit geplant und umgesetzt. Und er ergänzt: „Diesen Bogen zu spannen war nicht immer leicht, eine Sensibilisierung für das Thema haben wir aber unbedingt geschafft“.

Andere Jugendliche führten Interviews mit türkeistämmigen Lengerichern der ersten, zweiten und dritten Generation sowie mit Experten zum Thema mit und ohne Migrationshintergrund. Zusätzlich besuchten sie die Moschee, befragten dort weitere Personen und dokumentierten alles mit ihrer Kamera. So entstand ein Film, der bei der Abschlussveranstaltung des Projekts gezeigt wurde. Eine letzte Gruppe setzte das Thema musikalisch um. Aus der Integration der Einzelideen entstand ein „Musical Dance“ zur Thematik „Ausgrenzung – Eingliederung“ und ein Rapsong mit selbst geschriebenem Text, der in einem professionellen Tonstudio aufgenommen wurde.

Eingebettet waren die kreativen Methoden jeweils in Arbeitsphasen, in denen über das Anwerbeabkommen und über die Themen Stereotype und Diskriminierung gesprochen wurde. Es war eine neuartige Erfahrung für die jungen Leute, sich über Konflikte und Vorurteile, wie sie sich aus unterschiedlichen

nationalen und kulturellen Hintergründen ergeben, auszutauschen. Für viele ergab sich hier zum ersten Mal die Möglichkeit, offen solche Probleme anzusprechen und nach einer angemessenen Lösung zu suchen. Klischees zum Thema „typisch türkisch“ und „typisch deutsch“ wurden aufgegriffen und mit großer Offenheit diskutiert.

Die Ergebnisse wurden schließlich im Rahmen des „Interkulturellen Tags“ am 24. September 2011 der Lengericher Öffentlichkeit präsentiert. Die Präsentationsformen waren so vielfältig, wie sie sich aus dem jeweiligen Lern- und Diskussionsprozess der Gruppen ergeben hatten: Foto, Collage, Graffiti, Film, Tanz, Musik und vieles mehr waren geboten. Das Programm wurde auf einer selbst gestalteten Bühne, die das Thema „Anwerbeabkommen“ aufgriff und umsetzte, präsentiert. All das war Ergebnis eines selbstbestimmten Lernprozesses, der von vornherein auf die Interessen und Kompetenzen der jungen Leute einging und an ihren lokalen Erfahrungshintergrund anknüpfte. Das „Gastarbeiter“-Thema wurde so in seiner Bedeutung für das unmittelbare Umfeld der Teilnehmenden, für die Industrie-region Lengerich, für Politik, Kultur, Religion und Stadtentwicklung bearbeitet. Lengerich präsentierte sich aus der Perspektive der jungen Leute als eine Region, aus der die Zuwanderung aus der Türkei und aus anderen Ländern nicht mehr wegzudenken ist.





„Wo geht's
denn hier zum
Amt?“

Ämterrallye in Köln

„Am liebsten würde ich beim Jugendamt arbeiten. Die helfen den Kindern und Familien wirklich.“ So das Fazit von Mine, einer Teilnehmerin der ersten Kölner Ämterrallye im Mai 2012. Als eine von fünfzehn Acht- und Neuntklässlern der Konrad-Adenauer-Realschule hat das Mädchen eine Erkundungstour durch die Kölner Stadtverwaltung absolviert. Gemeinsam konnten sie zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus sechs städtischen Stellen bei der Arbeit über die Schultern schauen.

Bei dem dreitägigen Projekt ging es jedoch um weit mehr als ein Schnupperpraktikum zur Berufsorientierung. Unter dem Stichwort „interkulturelle Öffnung“ sprachen die Projektpartner ganz gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund an. Diese bringen oftmals besondere Kompetenzen mit: Erfahrung im Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, interkulturelle Sensibilität und Kommunikationsfähigkeit und nicht zuletzt Mehrsprachigkeit, die auf dem Amt gefragt ist.

Die Jugendlichen hatten sich alle im Voraus für das Projekt beworben. „Du interessierst dich für Politik oder Verwaltung? Du willst wissen, welche Ämter es in deiner Stadt gibt und was da abgeht? Du möchtest später vielleicht mal bei der Stadtverwaltung arbeiten?“, so lautete die Ausschreibung zur Ämterrallye. Ihre interkulturellen Fähigkeiten und Sprachkenntnisse konnten die Jugendlichen bei der Bewerbung als persönliche Stärke herausstellen.

Zuwanderungsgeschichte als Stärke

Die Ämterrallye wurde von der VHS Köln in Kooperation mit dem Kommunalen Integrationszentrum (vormals RAA/ Regionale Arbeitsstelle zur Förderung Kinder und Jugendlicher aus Zuwandererfamilien) durchgeführt. Integration soll ein selbstverständliches Prinzip in der Aufgabengestaltung der Ämter in Köln sein – die Schulung und Fortbildung der Mitarbeitenden stellt davon ein wichtiges Standbein dar. Die beteiligten städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden an zwei Nachmittagen auf das Projekt vorbereitet. In einem Training konnten sie ihr Bewusstsein für interkulturelle Herausforderungen und Chancen schärfen und eigene Verhaltensweisen in Frage stellen. Die Jugendlichen kommentierten den Fortbildungsbedarf folgendermaßen: „Schließlich kommen wir aus ganz unterschiedlichen Herkunftsländern, sprechen mehrere Sprachen und darauf wollten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ämter vorbereiten.“ Und sie folgerten: „Die waren ganz schön neugierig auf uns.“

Die Ämterrallye für die Jugendlichen selbst begann mit einer Einführung in die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung. Dabei wurde deutlich, mit wie vielen Ämtern Menschen täglich in Kontakt kommen. Im Anschluss an den Vortrag starteten die Teilnehmer in Kleingruppen begleitet von drei Referentinnen den Besuch der ausgewählten Ämter: das Bürgeramt Mülheim, das Amt für Weiterbildung, das Jugendamt, das Amt für Schulentwicklung, das Stadtplanungsamt und die Abteilung Ausländerangelegenheiten des Amtes für öffentliche Ordnung. Neben den Aufgaben der Ämter stand bei

den Interviews, die sie führten, im Vordergrund, was das jeweilige Amt konkret für Jugendliche und deren Familien leistet.

Meine, deine, unsere Stadt!

Die Rallye-Teilnehmenden verarbeiteten am darauffolgenden Tag die Interviews in einem von einer Journalistin geleiteten Schreibworkshop zu Texten, die so verfasst werden sollten, dass sie vor allem Kinder und Jugendliche ansprechen. Vom Amt für E-Government und Online-Dienste wurden die entstandenen Texte anschließend für die am nächsten Tag stattfindende Präsentation aufbereitet. Auch wie die Einspeisung der Texte auf die Homepage der Stadt Köln technisch bewerkstelligt wird, konnten die Jugendlichen in diesem Amt erfahren. Anschließend nahmen sie an einem kurzen Training in Präsentationstechniken teil, bei dem sie lernten, wie sie Gruppenergebnisse gemeinsam anschaulich und klar präsentieren können.

Höhepunkt der Ämterrallye war dann die Darstellung der Ergebnisse im Rathaus vor dem Stadtdirektor, der anschließend für Fragen zur Verfügung stand. Im Mittelpunkt des Interesses standen bei den Jugendlichen der Haushalt der Stadt, die Bedeutung mehrsprachiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Stadtverwaltung und die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen bei städtischen Entscheidungen.

Im Ergebnis hat sich das Ziel – die aktive Teilhabe der Jugendlichen an der Stadtgesellschaft zu fördern – sinnvoll mit dem Interesse an einer interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung verbunden. Das Modellkonzept wurde im Herbst 2012 wieder-

holt. Dieses Mal waren die Teilnehmenden junge Frauen und Männer zwischen 17 und 24 Jahren, die an der Abendrealschule der Stadt Köln auf dem zweiten Bildungsweg den Mittleren Bildungsabschluss nachholen. Die Ergebnisse ihrer Rallye sind auf Deutsch und auf Türkisch im Netz verfügbar.

Die Texte der ersten und der zweiten Ämterrallye sind abrufbar unter

www.stadt-koeln.de/5/schule/integration-und-foerderung/10656/ und

www.stadt-koeln.de/5/schule/integration-und-foerderung/12101/

Von der Wiege bis zur Bahre

Jeder Mensch (auch Du!) kommt fast täglich mit städtischen Ämtern in Berührung. Nur ist uns das nicht immer so klar.

Es geht schon los mit Deiner Geburt: Sobald Du auf die Welt gekommen bist, brauchen Deine Eltern eine Geburtsurkunde.

Die meisten Babys kommen übrigens in einem städtischen Krankenhaus zur Welt.

Wenn Du dann älter wirst, kommst Du vielleicht in eine städtische Kinderkrippe und später dann auf eine Schule. Auch die meisten Schulgebäude sind öffentlich, das heißt, sie werden von der Stadt verwaltet, im sogenannten Schulverwaltungsamt.

In der Grundschule möchtest Du vielleicht einen Hund haben. Dann musst Du



für diesen Hund Hundesteuer bezahlen, die auch die Stadt bekommt.

Oder Du gehst gerne schwimmen und möchtest ein öffentliches Bad besuchen? Auch die städtischen Bäder stehen jedermann gegen Eintrittsgebühr zur Verfügung.

Du hast Probleme mit Deiner Familie und alles läuft nicht so richtig rund? In vielen städtischen Beratungsstellen erhalten Du und Deine Familie Rat und Hilfe.

Du magst Kunst? Dann kannst Du viele Stunden in einem der vielen städtischen Museen verbringen und dort auch an Projekten für Kinder und Jugendliche teilnehmen.

Mit 16 möchtest Du einen eigenen Personalausweis haben. Kein Problem: Du beantragst ihn auf einem der vielen Bürgerämter der Stadt.

Du hast ein Auto und vergisst immer wieder, einen Parkschein zu ziehen? Das solltest Du nicht tun! Denn die netten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den „Knöllchen“ arbeiten auch für die Stadt -

und das kann ganz schön teuer werden.

Wenn Du Deine Schule beendet hast und heiraten möchtest, gehst Du mit Deiner Partnerin oder Deinem Partner aufs Standesamt, um dort beurkunden zu lassen, dass ihr eine Ehe geschlossen habt. In Deutschland ist eine Ehe nur dann gültig, wenn sie auf diese Weise amtlich bestätigt wurde.

Jetzt bist Du langsam in die Jahre gekommen und hast schon mit vielen Ämtern Kontakt gehabt. Vielleicht ist in Deinem Leben auch schon etwas Trauriges passiert und es ist jemand gestorben? Dann musst Du eine Sterbeurkunde beantragen. Erst wenn dies geschehen ist, kann ein Mensch beerdigt werden.

Fest steht: Sobald Du und Deine Partnerin oder Dein Partner ein Baby bekommen, geht die ganze Geschichte mit der Geburtsurkunde wieder von vorne los.

(Text aus der Schreibwerkstatt der ersten Ämterallye)

**Mit
Jugendkulturen
gegen Gewalt
und Intoleranz**

HipHop Academy in Parchim

Mit HipHop gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, mit Graffiti und Breakdance für ein gewaltfreies Miteinander von Jungen und Mädchen unterschiedlicher Herkunft und Religion. Was im Jahr 2011 als DVV-Modellkonzept der VHS Landkreis Parchim, des örtlichen Kinder-, Jugend- und Familientreffs und des Berliner Vereins zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention „cultures interactive“ startete, ist in den darauffolgenden Jahren zu einem festen Bestandteil der Jugendkultur der Parchimer „Westside“ geworden.

Junge Künstlerinnen und Künstler gehen in den Workshops auf die Jugendlichen zu und regen sie zur Reflexion über Grundsätze von Gleichberechtigung der Ethnien, Religionen und Geschlechter an. In vier jeweils zweitägigen Workshops schreiben die Jugendlichen Rap-Texte und studieren eigene Breakdance-Choreografien ein. Freigegebene Flächen in der Stadt werden zum öffentlichen Raum für Streetart und Graffiti. Die Jungen und Mädchen lernen, sich zu positionieren, vor andere Menschen zu treten und ihre Ansichten zu vertreten. Sie setzen damit Zeichen gegen Rechtsradikalismus und menschenverachtende Meinungsmache in ihrer Stadt.

Am Ende steht der gemeinsame Auftritt – ein besonderes Erlebnis sowohl für das Publikum als auch für die jungen Rapper. Einer der Jugendlichen drückt es in seinem Rap folgendermaßen aus: „Das wir jetzt hier stehen, hätt' ich nicht gedacht. Mit uns'ren Texten haben wir's zum Konzert gebracht. Ein

Konzert im Club, in den ich eigentlich nicht rein darf. Jetzt steh ich hier auf der Bühne, wo ich reimen darf...“

HipHop, Techno, Riot Girrrl

Der Abstand zwischen den jungen Kursleitenden und den Jugendlichen aus dem Jugendzentrum ist gering – sie sprechen dieselbe Sprache und mögen die gleiche Musik. Das Konzept erklären die Verantwortlichen von „cultures interactive“ so: „Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass (rechts-)extremistisch gefährdete Heranwachsende aus strukturschwachen Regionen oder aus sozialen Brennpunkten vor der Neigung zu Gewalt und Radikalisierung bewahrt werden können, wenn ihr Interesse an den Jugendkultur-Szenen wie HipHop, Techno, Skateboarding, Indie-Rock, Metal, Punk, Gothic, Riot Girrrl uvm. aufgenommen und bedient wird.“ Sie erläutern: „Denn viele dieser Szenen sind von einer Haltung bestimmt, die Werte der gegenseitigen Anerkennung, Weltoffenheit, Gewaltvermeidung und aktiven Toleranz enthalten.“ Junge Menschen werden ganz niedrigschwellig dazu bewegt, sich mit den Problemen von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in ihrer Region auseinanderzusetzen.

Die Bekämpfung von Xenophobie und rechtsradikalen Strömungen im mecklenburgischen Flächenland ist eine Mammutaufgabe. Jugendarbeitslosigkeit und eine große Anzahl an Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen machen ganze Regionen anfällig für Gewalt und fremden-



feindliches Denken und Handeln. Perspektivlosigkeit und Frustration bilden einen Nährboden für die Suche nach einfachen Erklärungsmustern. Ganze Dörfer, in denen Neonazis ein Klima der Angst schüren, sorgen immer wieder für Schlagzeilen in der Bundesrepublik. Doch auch in den Städten unterwandern Rechtsextreme Sportvereine, freiwillige Feuerwehren und Freizeiteinrichtungen.

Gegenkulturen zur rechten Szene

Der Mangel an Angeboten und Orten, an denen sie zusammenkommen und ihre Interessen formulieren und austauschen können, führt bei jungen Menschen gerade in strukturschwachen Regionen oft zu Verdrossenheit nicht nur gegenüber der Politik, sondern auch der Gesellschaft und dem lokalen Umfeld insgesamt. Wenn rechtsextreme Agita-

toren dann gegen das System und demokratisch gewählte Politiker hetzen, fühlen sich eine Vielzahl junger Menschen von diesen verstanden. Die gut vernetzte rechte Szene füllt einen Leerraum und bietet Jugendlichen, die sich alleingelassen fühlen, Gruppenzugehörigkeit und Gemeinschaftsgefühl. Rechtsrock, Nazi-Barden und heimelige Abende am Sonnenwend-Lagerfeuer sind wichtige Lockmittel in die rechtsextremen Kreise.

„Initiativen wie die HipHop Academy der Volkshochschule im Landkreis Parchim sind auch ein Stück Prävention, damit junge Menschen nicht in der rechten Ecke landen“, erläutert Sascha Rex vom Deutschen Volkshochschul-Verband den Anspruch des Projekts. Die Jugendkulturen rund um Breakdance, Graffiti und HipHop bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte, um Infor-

mation, Aufklärung, Austausch und kritische Auseinandersetzung zu Themen wie Gewalt, Rassismus etc. zu ermöglichen. Sie bieten tolerante und friedliche Gegenkulturen, wo rassistische Gewalt und Intoleranz den öffentlichen Raum vergiften.

Viele Jugendliche in Parchim haben im Jugendclub, in der Schule oder auf der Straße bereits Erfahrungen gemacht mit den platten Parolen der Rechten. Teilweise sind sie auch selbst zum Angriffspunkt fremdenfeindlicher Hetze geworden. Es ist wichtig, dass sie Mut und Selbstvertrauen gewinnen, um den Mund aufzumachen und sich zu wehren. Durch das Projekt der außerschulischen politischen Bildung wird ein Raum geschaffen für Alternativen. Gemeinschaftlich werden die jungen Leute in der HipHop Academy aktiv. Sie tragen ihre Kultur der Toleranz und Gewaltlosigkeit aber auch nach außen, wie am Beispiel der künstlerischen Gestaltung einer Wandfläche des Kinder-, Jugend- und Familientreffs in Parchim zeigt: Jugendliche gestalten Räume, die sie nutzen, die Orte der Begegnung mit anderen Menschen sind. Dass das Zentrum mitten in der Wohnsiedlung steht, in dem die Jugendlichen leben, ist zudem ein Signal der Partizipation. Sie setzen damit ein deutliches Zeichen und kommunizieren ihrer Umgebung, dass sie auch Teil der Gemeinde, der Stadtbevölkerung, der Gesellschaft sind und ein Interesse daran haben, mitzureden, mitzugestalten und mitzuentcheiden.

Keine One-Man-Show

Das Projekt ist langfristig angelegt und geht somit weit über die Workshops hinaus. Immer wieder kommen die Rapper aus Berlin und zeigen den Jugendlichen, wie sie sich eine Stimme verschaffen können. Es braucht



eben Zeit, bis die Jugendlichen mit ihren Ergebnissen auch tatsächlich zufrieden und nicht nur einfach „fertig“ sind. Ebenso ist es ein längerer Prozess, das Selbstvertrauen der Jugendlichen zu stärken. Am Ende sind die jungen Leute stolz auf das, was aus den Lautsprechern klingt: „Das geht schon drei Jahre lang so. Wir rappen jetzt besser, wir rappen im Flow. Doch ich mach keine One-Man-Show.“ Und überzeugt vom eigenen Können fügen sie hinzu: „Wir sind jetzt bekannt in der Weststadt. Es gibt keinen, der nicht uns're Raps hat...“

Die Gesamtschule hört wieder von mir
 Sie sagen zu mir: was ist los mit dir?
 Rap mal hier und da – man ich komm nicht mehr klar
 Schon seit 2 Jahren ist es soweit
 Jetzt kann ich sagen: ich bin bereit
 Texte zu schreiben und oft krass zu reimen
 Das ist nicht einfach, so wie's viele meinen
 Und jetzt blick ich nach vorn
 Ich bin umgeben von Hass und Zorn
 Ich sehe nach vorn und denke: was ist aus denen geworden?
 Ich schau nach oben. Sag: wir haben's geschafft
 geil zu sein. Ich schaff's so geil zu reimen
 Ja, ja die Kings sind wieder da
 Wir bauen uns langsam auf
 Unser Leben nimmt langsam seinen Lauf
 Mal drüber nachdenken, was wir jetzt erreicht haben
 Bleib einfach chillig und heb deinen Arm
 Die Leute fragen: wie lange macht ihr das?
 Zwei, drei Jahre. – Oh, wie krass!
 Es macht unendlich viel Spaß mit euch Texte zu schreiben
 Und ich denke, mit meinen Texten kann ich wirklich was erreichen
 Ich gebe euch ein Zeichen, die Wände zu streichen

Ich bin hier zum ersten Mal
Alle waren korrekt zu mir
Ich habe Respekt verdient
Und genau das war mein Ziel!
Ich bin hier um zu beweisen, dass ich was kann
Und das Ergebnis könnt ihr doch jetzt alle hören, man!

Erst wollt ich nicht mitmachen
Dacht' es wär zum Auslachen
Doch ich nahm 'nen Stift und ich nahm ein Blatt
Hab mir Mut gemacht und es einfach gewagt
Hab einen Text geschrieben und es einfach geschafft
Meine Sis, ich und Belfie teilten uns einen Rap
Er war nicht sehr lang und auch nicht perfekt
Es war der Anfang – und er war schon gut
Außerdem braucht man schon ein bisschen Mut
Beim zweiten und dritten Mal war es schon besser
Unser Flow war scharf, so scharf wie ein Messer
Ich hoffe es geht genauso gut weiter
Und ich werde im Battle niemals Zweiter...

Ja aha das ist schon der fünfte Track
Alle sind wieder da, alle wieder weg
Kubito, Sookee, Mario wir danken denen
Ohne die drei würde hier gar nichts stehen
Jetzt sind wir bald auf der Bühne zu seh'n im „Flame“
Das geht schon drei Jahre lang so
Wir rappen jetzt besser, wir rappen im Flow
Doch ich mach keine One-Man-Show
Jetzt haben wir's geschafft
Wir sind ganz oben, wir stehen über der Stadt
Der beste Rap nach langen Proben
Und wir sind jetzt so bekannt in der West-Stadt
Es gibt keinen, der nicht uns're Raps hat

(Raps aus der HipHop Academy in Parchim)

Nazis.
Verfolgung.
Krieg.

WILHELM ZUNIG
Jd. 1934
DEPORTIERT 1942
THERESIENSTADT
AUSCHWITZ
ERMORDET

NS-Geschichte in der Einwanderungsgesellschaft

Wie erinnern wir heute an den Nationalsozialismus und an den Holocaust? Was bedeutet es für die Bildungsarbeit zur NS-Zeit, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben? Und wie lassen sich Verknüpfungen zwischen der Vergangenheit und aktuellen Themen der Diskriminierung finden?

Unter diesen Fragestellungen entwarf die Volkshochschule Aachen in Kooperation mit der Zentralstelle für politische Jugendbildung im Deutschen Volkshochschulverband 2008 besondere Projekte zur NS-Geschichte. Es ging darum, die Chancen für Ansätze auszuloten, die gerade auch die Blickwinkel von jungen Menschen mit Migrationshintergrund auf die Geschichte 1933 bis 1945 ernstnehmen, aufgreifen und im Bildungsprozess verarbeiten. Sascha Rex (DVV) erläutert das Konzept: „Wenn gefragt wird: ‚Was können wir aus der Geschichte lernen?‘, dann kann dies heute eben nicht aus einer rein ‚deutschen‘ Perspektive geschehen. In unseren Kursen und Veranstaltungen stammt oftmals weit über die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Familien mit Migrationshintergrund. Das ist Realität und da muss man die Fragen dann auch so formulieren, dass sie sich an alle gleichermaßen richten.“

Dass die Blickwinkel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund gerade im Bereich der Bildungsarbeit zur NS-Geschichte besondere Lernprozesse anstoßen, beweisen die Veranstaltungen an der VHS Aachen. Durch eine direkte Verbindung von Erfahrungen mit Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt gegen einzelne Bevölkerungsgruppen mit der historischen Betrachtung finden

die Jugendlichen einen leichten Zugang zum Thema. Die Geschichte steht nicht für sich, sondern wird in direkten Bezug zur eigenen Lebenswelt gesetzt. „Das interessiert die Jugendlichen enorm, wenn das Thema in einen aktuellen Kontext gestellt wird“, so berichtet Dr. Nicole Ehlers, die das Projekt an der Aachener Volkshochschule koordinierte. „Gerade die Verknüpfung historischer und aktueller Argumentationsmuster des Rechtsextremismus machen es für die Teilnehmenden leichter, sich mit dem Thema ‚NS-Zeit‘ zu beschäftigen – unabhängig ob mit Migrations- oder deutschem Hintergrund.“

Es geschah in Aachen...

In drei Projekten wurde dieser Ansatz zur historisch-politischen Jugendbildung erprobt. Im ersten Projekt „Es geschah in Aachen – Projektstage zur Pogromnacht 1938“ wurde im Umfeld des 70. Jahrestages des neunten November ein lokaler Bezug für die Vermittlung von NS-Geschichte gewählt. Im Rahmen von vier Workshops erkundeten Jugendliche die konkrete jüdische Geschichte in Aachen seit Karl dem Großen. Viele junge Menschen verbinden mit dem Judentum in Deutschland vornehmlich den Holocaust. Bewusst wurde also historisch nicht erst mit der Verfolgung und Vernichtung eingesetzt, sondern weit früher. Die jüdische Prägung der Stadt, der Alltag, bedeutsame Personen der Stadtgeschichte wurden zum Gegenstand des Interesses. Mit den Maßnahmen, die schließlich zur Pogromnacht 1938 geführt haben, wurde dann die Geschichte der Verfolgung und Vernichtung bearbeitet. Die Jugendlichen setzten sich mit den massiven



Ausschreitungen in Aachen wie im gesamten Gebiet des Deutschen Reiches auseinander, die sich gegen Synagogen, jüdische Geschäfte und jüdische Bürger richteten und die den Übergang zur systematischen Enteignung und Verfolgung der Juden bedeuteten.

Die Jugendlichen fragten aber auch nach heutigen Formen von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Die Diskriminierung und die Exklusion von Bevölkerungsgruppen heute wurden diskutiert und auch die Frage, ob Feindseligkeiten gegen Minderheiten von der Zivilgesellschaft immer mit der notwendigen Zivilcourage verhindert werden. Anhand des damaligen Fluchtgeschehens der verfolgten Gruppen aus Aachen ließ sich ein Anknüpfungspunkt für Jugendliche finden, die teilweise in ihrer Kindheit Erfahrungen von Flucht erleben mussten oder deren Familienmitglieder von solchen Erfahrungen berichtet hatten.

Im zweiten Projekt haben Jugendliche verschiedene Veranstaltungen zum Holocaustgedenktag am 27.01.2009 vorbereitet. Das ist der Tag, an dem im Jahr 1945 die Häftlinge aus dem Konzentrationslager Auschwitz, Symbol der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten, befreit wurden. Die jungen Menschen wurden angeregt, sich mit den verschiedenen Aspekten von Verfolgung in der Geschichte aber auch in der Gegenwart auseinanderzusetzen. Dies taten sie beispielsweise anhand folgender Fragen: Gab es in eurem Stadtviertel Menschen, die von den Nationalsozialisten verfolgt und eingesperrt, ja vielleicht sogar ermordet wurden? Warum wurden sie verfolgt? Gab es in eurem Viertel oder eurer Gemeinde Menschen,

die den Nazis Widerstand geleistet haben? Was ist mit ihnen geschehen? erinnert man sich heute noch an sie?

In Projektarbeiten setzten sich die Jugendlichen mit der Verfolgung von Juden, Sinti und Roma, Andersgläubigen und Andersdenkenden, Homosexuellen und Menschen mit Behinderung auseinander. Nach Recherchearbeit und Gesprächen mit Zeitzeugen beschlossen sie auch, selbst die Verlegung von „Stolpersteinen“ in die Hand zu nehmen und in ehrenamtlicher Tätigkeit, begleitet durch die VHS Aachen, am Holocaustgedenktag Veranstaltungen oder Projekte in ihren Schulen oder Jugendgruppen anzubieten.

Strategien gegen Antisemitismus

Das dritte Projekt „Nazis. Verfolgung. Krieg. – Konzepte für die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ thematisierte intensiv die veränderte Sichtweise auf die NS-Geschichte durch Migrantinnen und Migranten. In drei Workshops setzten sich Jugendliche mit Hilfe von unterschiedlichen Methoden mit den Rechtfertigungs- und Verdrängungsmustern des historischen und aktuellen Nazismus auseinander. Mit Hilfe des in der VHS-Landschaft entwickelten „Argumentationstrainings gegen rechte Parolen“ konnten sich die Jugendlichen mit den Thesen des Nazismus und Antisemitismus auseinandersetzen und lernten, diese mit Fakten zu widerlegen. „Gerade solche Methoden eignen sich als sinnvoller und effektiver Zugang zum Thema NS-Zeit“, folgerten die Projektverantwortlichen der VHS Aachen.



Parallel zu diesen Jugendveranstaltungen lief ein Workshop, in dem Pädagoginnen und Pädagogen in die Arbeitsweise der VHS Aachen eingeführt wurden. Hier wurde deutlich, dass in der praktischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen nicht nur Rassismus und Rechtsextremismus ein Thema sind, für das eine besondere Sensibilisierung notwendig ist. Auch Antisemitismus bei Jugendlichen aus muslimischen Kulturräumen ist ein Phänomen, auf das Teamerinnen und Teamer in der Jugendbildung angemessen reagieren müssen. So wird in Workshops und Projekten zum Holocaust von den jungen Menschen nicht selten eine Verknüpfung zum heutigen Nahostkonflikt hergestellt. Gerade in Gruppen mit islamisch-arabischem Hintergrund werden hier immer wieder Fragen berührt, in denen eventuell gegensätzliche Positionen zu aktuellen weltpolitischen Konflikten aufeinanderstoßen. Bei der Diskussi-

on des heutigen Antisemitismus stößt man somit in sensible und emotional hoch aufgeladene Bereiche. Wie moderiert man als Kursleiter Diskussionen zu diesen Themen, wo schreitet man gegebenenfalls ein? Wie bezieht man Stellung zu antisemitischen Einstellungen, wie sie in solchen Veranstaltungen immer wieder vorgetragen werden?

Solche Herausforderungen sind Teil der Bildungspraxis – und Kursleitende müssen auf diese vorbereitet sein. Klar ist, dass antisemitische Menschen- und Weltbilder nicht im Raum stehen bleiben dürfen, dass sie eingeordnet und diskutiert werden müssen. Dies gilt ebenso für klar antisemitisch motivierte Äußerungen wie für die unbewusste Reproduktion von Stereotypen oder die häufige, oftmals rein provokativ und inhaltsleer verwendete Beschimpfung „Du Jude“. Gleichzeitig stellten die Pädagogen im Aachener



Workshop aber auch heraus, dass bei Interventionen von Kursleiterseite immer transparent sein muss, was hier kritisiert wird: dass es nämlich keinesfalls um eine Tabuisierung bestimmter Themen geht, sondern um eine klare Grenzziehung zwischen einer Instrumentalisierung antisemitischer Vorurteile und der politischen und menschlichen Bewertung des Nahost-Konflikts.

Die Herausforderungen in der Praxis der Bildungsarbeit machen eines deutlich: die fachliche Qualifizierung von Kursleitenden ist essentiell, wagt man sich an historisch-politische Fragestellungen. Aktuelle Bezüge zu historischen Themen herzustellen darf keinesfalls bedeuten, deren Bedeutung zu relativieren. Geschichtsdidaktische Fragestellungen müssen mit einbezogen werden, wenn Jugendliche sich selbst an die Erforschung von Biografien oder Entwicklungen

vor Ort machen. Die Volkshochschule Aachen hat die Projektarbeit zu den Themen NS-Zeit und Rechtsextremismus stetig weiter entwickelt. Aktionen rund um den Holocaustgedenktag gehören zum regelmäßigen Programm. Durch die besondere Herangehensweise schafft sie dabei eines: Die jungen Menschen stellen einen Bezug zwischen der Vergangenheit und ihrer eigenen Lebenswelt her. Sie stellen Fragen, die für Menschen jeder Herkunft relevant sind. Und sie erinnern an die in der Zeit von 1933 bis 1945 verfolgten und getöteten Aachener und tragen damit zum Aufbau eines regionalen Gedächtnisses zur NS-Geschichte bei.

**Grenzspuren
und Grenz-
erfahrungen**

Jugendliche entwickeln Bildungsmaterialien zur deutsch-deutschen Teilung

Kalter Krieg, SED, Mauerfall. Junge Menschen kennen diese Begriffe nur noch aus dem Geschichtsbuch. Wer heute 15 bis 20 Jahre alt ist, weiß aus eigener Anschauung nicht mehr, welche Rolle die West-Ost-Schnittstelle in Deutschland einmal für die Menschen hier und für die Welt überhaupt gespielt hat. Das heißt auch: Für Jugendliche rückt diese Phase der Zeitgeschichte mehr und mehr in den Hintergrund – in eine ferne Zeit, die sie sich nicht mehr vorstellen, geschweige denn politisch auf den Begriff bringen können. „Was hat das mit mir zu tun?“ war deshalb auch das Motto einer Veranstaltungsreihe des Deutschen Volkshochschul-Verbands (DVV) zum Thema „20 Jahre Friedliche Revolution 1989“ in den Jahren 2008 und 2009. Volkshochschulen im gesamten Bundesgebiet machten das Jubiläum zum Anlass, um neue Konzepte in der Beschäftigung mit der jüngsten deutsch-deutschen Vergangenheit zu entwickeln. Diese innovativen Ansätze zur Geschichtsbildung, die in einer gesonderten Broschüre „Was hat das mit mir zu tun?“ dargestellt sind, haben ihren Ausgangspunkt im hessisch-thüringischen Grenzgebiet.

Seit 2005 arbeiteten die Volkshochschule Wartburgkreis und die Volkshochschule Landkreis Fulda im Rahmen eines gemeinsamen Projekts zur historisch-politischen Bildung zusammen. Modellhaft an diesem Projekt im so genannten „Fulda Gap“ war die Herangehensweise an das Thema: Jugendliche aus Ost und West informierten sich gemeinsam zur Geschichte der

deutsch-deutschen Teilung und entwickelten Konzepte, wie sie ihr Wissen an andere junge Menschen weitergeben können. Der Ost-West-Gegensatz – mit seinem Verlauf vom Kalten Krieg über die Entspannungsära bis zur erneuten Spannungsphase, die dann in der osteuropäischen „Wende“ ihren Schlusspunkt fand – wurde so von ganz unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Die Dokumentation der Auseinandersetzung der beteiligten Jugendlichen mit der jüngsten Geschichte der Grenzregion kann in Schule und politischer Bildung als Lehr- und Lernstoff genutzt werden, die jungen Menschen wurden so selbst zu Akteuren der Geschichtsvermittlung.

Beiderseits der ehemaligen Grenze

Somit stand das DVV-Modellkonzept in Form einer Kooperation von Volkshochschulen direkt am ehemaligen Grenzzaun Pate für eine ganze Reihe in den folgenden Jahren durchgeführten Projekte zur Auseinandersetzung mit der friedlichen Revolution 1989. In der Gedenkstätte Point Alpha, auf der Grenze beider Bundesländer gelegen, boten die beiden Volkshochschulen in Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Personal der Gedenkstätte Wochenendseminare für Jugendliche aus beiden Ländern an, die sich mit der deutsch-deutschen Geschichte an diesem besonderen Ort beschäftigten.

„Leben vor 1989 beiderseits der deutschen Grenze“ hieß das Projekt, bei dem die beiden Bildungseinrichtungen aus Hessen und Thüringen zusammenarbeiteten. Sie wandten sich an Schülerinnen und

Schüler der umliegenden Region und griffen Diskussionszusammenhänge auf, die an den kooperierenden Schulen bestanden. Im Vorfeld wurden Arbeitsgemeinschaften gebildet, die anhand unterschiedlicher Aufgabenstellungen das Thema eigenständig bearbeiteten. Die Veranstaltungen waren projekt- und produktorientiert angelegt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforschten, wie die Menschen beiderseits der Grenze während der Zeit der Teilung Deutschlands, also vor 1989, gelebt haben. Dabei bezogen sie unterschiedliche Lebensbereiche mit ein: das Spektrum reichte von Lebensbereichen wie Familie, Ausbildung und Arbeit über Freizeitmöglichkeiten und -verhalten bis hin zu Vereinen und Organisationen mit freiwilliger, erwarteter oder verpflichtender Mitgliedschaft. Auch die Themen Eigentum, Freizügigkeit (z.B. Reisen, Urlaub, Fahrten), Mobilität der Bevölkerung (z.B. private und

öffentliche Verkehrsmittel), Konsumgüter, Preisgestaltung, Pressewesen und Medien wurden in den Fokus genommen. Und nicht zuletzt ging es um staatliche Organe, um Zwischenfälle an der Grenze, um Siedlungspolitik, Landwirtschaft und Religion.

Die Erforschung all dieser Bereiche erfolgte in der Form einer „Spurensuche“. Den Fragestellungen wurde nachgegangen durch:

- Nachforschung in Archiven (z.B. Zeitungen, Akten, Bücher oder sonstige Unterlagen)
- Befragung von Bürgerinnen und Bürgern, sogenannten „Zeitzeugen“
- Befragung kirchlicher Stellen oder Einrichtungen
- Befragung ehem. staatlicher Mitarbeiter/ Stellen



- Sichten von Bild- und/oder Tonmaterial
- Besuch markanter Stellen oder Stätten (z.B. Grenzverlauf, Zwischenfälle)
- Zusammentragen typischer Gegenstände (evtl. zeitliche Einordnung)

Jede der Gruppen ging in ihrem Umfeld und Bereich den Spuren nach (Jugendliche aus Thüringen in Thüringen, aus Hessen in Hessen). Die Ergebnisse der jeweiligen Gruppen wurden im Rahmen von Wochenendseminaren zusammengetragen und vertieft.

Am authentischen Ort knüpften die Mädchen und Jungen an die konkreten Hinterlassenschaften des vergangenen politischen Zeitalters an. Der Lernort „Gedenkstätte Point Alpha“, der „ehemals heißeste Punkt im Kalten Krieg“, diente dazu, ein Stück weit auf Zeitreise zu gehen. Point Alpha liegt zwischen Rasdorf und Geisa,

mitten im Biosphärenreservat Rhön mit seinen verschiedenen Naturschutzgebieten. Der historische Ort mit seinen Gebäuden und Anlagen erinnert an die Teilung Deutschlands und an die bedrohlichen Perspektiven des Kalten Krieges. Der Gesamtkomplex ist ein einmaliges Zeitzeugnis des Machtkampfes, der zwischen den beiden verfeindeten politischen Systemen tobte: Hier standen sich über vier Jahrzehnte die Vorposten von NATO und Warschauer Pakt gewissermaßen Auge in Auge gegenüber, stets bereit, den Schritt vom kalten zum heißen Krieg zu tun. An diesem Punkt lässt sich auch gut die Geschichte des Grenzregimes studieren.



Erforsches für andere dokumentiert

Das Projekt „Leben vor 1989 beiderseits der deutschen Grenze“ wurde von Anfang an medientechnisch begleitet und dokumentiert (z.B. Video-, Foto- und Tonaufnahmen). Das bedeutete, dass sich aus beiden Gruppen (Thüringen und Hessen) Jugendliche fanden, die diese Arbeit während der gesamten Dauer des Projekts leisteten. Nach jeder „Spurensuche“ wurden die Dokumente und Ergebnisse zusammengetragen und gemeinsam besprochen, ausgewertet und evtl. archiviert. Es entstand eine Video-DVD und CD-ROM, die die Nachforschungen der Jugendlichen in der Grenzregion zum Beispiel durch Zeitzeugeninterviews dokumentiert und die zur Nutzung in Schule und außerschulischer Bildung bei der Zentralstelle für politische Jugendbildung im DVV bestellt werden kann.

Christoph (Interviewer): Was war deine Motivation, bei diesem grenzübergreifenden Projekt mitzumachen?

Lukas (Teilnehmer): Für mich war es interessant, den Alltag vor der Grenzöffnung von Zeitzeugen zu erfahren. Nicht nur aus dem Geschichtsbuch, sondern wirklich von Personen, die die Zeit vor der Grenzöffnung, bzw. die Grenzöffnung an sich, miterlebt haben.

C: War das für dich gleich klar, dass du da mitmachst oder musstest du erst überlegen?

L: Ich muss sagen, eigentlich habe ich die Entscheidung recht schnell getroffen, weil das Interesse sehr groß war.

C: Was hast du denn gelernt dabei?

L: Also einmal habe ich gelernt, wie man mit Kamera und so weiter umgeht. Und auch wie man Leute befragt, also wie man Interviews durchführt und Texte schreibt.

C: Was ist dir inhaltlich aus der Befragung der Menschen am meisten aufgefallen? An welchem Projekt hast du denn speziell mitgearbeitet?

L: Also ich hab in der Gruppe „Wir im Westen“ mitgearbeitet. Und wir haben, wie der Name schon sagt, das Leben im Westen – in Hessen – behandelt. Was mir am meisten aufgefallen ist: dass wirklich diese Traurigkeit vorhanden war, dass man nicht über die Grenze hinausgehen konnte. Weil ja häufiger Verwandte in Thüringen waren und man diese nicht besuchen konnte.

C: Was für ein Gefühl hattest du dabei? Also nicht vom Kopf her. Hattest du da besondere Gefühle?

L: [...] Die Atmosphäre war emotional doch ganz schön hochgestuft. Wir konnten fast mit denen miterleben, wie schlimm es damals war.

Christoph (Interviewer): Was war denn deine Motivation, dich an dem Projekt zu beteiligen?

Sarah (Teilnehmerin): Also vor allem hat mich interessiert, dass wir die Möglichkeit hatten, ein Theaterstück zu erstellen. Und auf der anderen Seite fand ich es auch interessant, mich mit dem Thema der Zwangsaussiedlung auseinanderzusetzen. Weil darüber hat man vorher in den Medien fast überhaupt nichts gehört. Ich zum Beispiel habe nicht gewusst, was sich hinter dem Begriff Zwangsaussiedlung verbirgt. Deswegen fand ich es interessant zu untersuchen.

C: Das ist auch kein normales Thema in der Schule, oder?

S: Ne, im Unterricht wurde das nicht behandelt. Wir haben zwar über die DDR gesprochen. Aber es stehen da solche Sachen wie die Fluchten oder die Widerstandsbewegungen im Vordergrund.

C: Erzähl mal ein bisschen von dem Theaterprojekt, bei dem du da mitmachst.

S: Wir sind in der Gruppe 5 Mann. Wir versuchen aus den Erfahrungen, die wir in den Interviews mit den Zeitzeugen gesammelt haben, ein Stück zusammenzustellen, das damals abgelaufen ist. Dass die Zwangsaussiedlung nicht mehr totgeschwiegen wird und vor allem wollen wir damit auch den anonymen Opfern ein Gesicht geben.

C: Was würdest du sagen: was hast du bei dem Projekt gelernt?

S: Also, da hat man auf sehr unterschiedlichen Ebenen etwas gelernt. Zum einen natürlich über die Geschichte des geteilten Deutschlands. Jetzt nicht nur über die Zwangsaussiedlung; allgemein über die damaligen Verhältnisse in der DDR haben wir sehr viel gelernt. Auch über die noch ziemlich unbekannteren Machenschaften der SED. Wie dort alles abgelaufen ist. Wie unmenschlich

diese Zwangsaussiedlung ist. Und natürlich haben wir auch menschlich was dazugelernt. Wenn man sieht, was die Leute für ein Schicksal haben und wie sie heute noch Probleme haben, damit umzugehen. Ich würde auch sagen, dass wir gelernt haben, besser in der Gruppe zusammenzuarbeiten. Wir haben auch mit den hessischen Mädchen, die hier übernachtet hatten, sehr viel Kontakt gehabt und die Ansichten kennengelernt. Man hat zwar schon Kontakte so, aber man unterhält sich als Jugendlicher ja nicht zwanghaft über dieses Thema.

C: Ist das auch emotional an euch gegangen?

S: Sehr, ja. Als wir die Zeitzeugeninterviews gemacht haben, hat man gesehen, wie nah es den Leuten, nach so vielen Jahren, immer noch ging. Und wie wenig von dem, was damals verbochen wurde, wiedergutmacht worden ist. Und wie schlecht heute noch einige von denen behandelt werden. Das war schon sehr hart, da mal mitzukriegen, dass das mit der Gerechtigkeit nicht immer so klappt.

C: Würdest du so etwas noch mal machen?

S: Ja, auf jeden Fall. Einmal auch, weil das mit dem Theaterspielen wirklich so eine Leidenschaft ist und das auch wirklich sehr großen Spaß gemacht hat, das Stück zu schreiben und mit Improvisationstheater verschiedene Sachen auszuprobieren. Das war wirklich eine tolle Arbeit. Und auch weil's uns wirklich viel gebracht hat. Ich denke, auch für das spätere Leben dann.

(Interviews mit zwei Teilnehmenden des Projekts)

**DDR-Geschichte
inklusive**

Junge Menschen mit und ohne Handicaps entwerfen einen Stadtrundgang durch Schwerin

„Immer wieder hörten wir von unseren Eltern, Großeltern, Verwandten und Freunden Geschichten aus der DDR. Oft bekamen wir gesagt, ‚damals‘ war alles ganz anders. Wir wussten nur wenig und konnten nie wirklich mitreden.“ Mit diesen Worten beschreiben 15 Jugendliche ihre Motivation für eine besondere Herausforderung an der Volkshochschule Schwerin. Sie entwarfen einen „Stadtrundgang DDR“ und erstellten eine Broschüre, mit deren Hilfe andere junge Menschen die sozialistische Vergangenheit vor Ort erkunden können.

Die Publikation enthält Informationen über die DDR-Geschichte von Gebäuden und Plätzen vor Ort, über ihre gegenwärtige Nutzung, Kurzinformationen über das politische System in der DDR sowie Aussagen von Zeitzeugen zu den dargestellten Stationen. Hierfür mussten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Geschichte und System der DDR und der Stadt Schwerin informieren, Recherchen in Archiven und Zeitzeugenbefragungen durchführen. Anschließend wurde die Broschüre gemeinsam erstellt und layoutet. Außerdem wurden die Rechercheergebnisse auch auf dem Online-Bildungsportal www.deinegeschichte.de (Suchwort: DDR-Stadtrundgang) veröffentlicht, das jungen Menschen in einer Art journalistischem Grundkurs nicht nur zeigt, wie man historische Themen erforscht, sondern auch, wie man daraus Texte, Interviews, Reportagen und Porträts macht.

Geplant und durchgeführt wurde das Projekt gemeinsam mit 15 Jugendlichen, zum

Teil mit psychischen oder physischen Behinderungen. In der Broschüre stellen sie sich selbst folgendermaßen vor: „Wir sind fünfzehn Auszubildende der Bildungseinrichtung SALO + Partner, Berufliche Bildung GmbH Schwerin. Dies ist eine Bildungseinrichtung, deren Aufgabe es unter anderem ist, Menschen mit psychischen und körperlichen Handicaps zu fördern und ihnen eine staatlich anerkannte Ausbildung zu ermöglichen. Bei SALO besteht die Möglichkeit einer außerbetrieblichen Ausbildung oder Umschulung in gewerblichen sowie kaufmännischen Bereichen. Wir alle sind im Bereich Büro tätig [...]“

Stärken fördern, Schwächen ausgleichen

Bewusst wandte sich die Volkshochschule Schwerin an eine Zielgruppe, die eher selten im Fokus politischer Bildung steht. Die Arbeit mit Jugendlichen mit Behinderungen war für die VHS eine besondere Erfahrung. Integratives, differenziertes Lernen war hier gefragt und wurde umgesetzt. Gerade vor dem Hintergrund ihrer Einschränkungen und der damit verbundenen physischen Voraussetzungen der Jugendlichen ist das Ergebnis einer Broschüre und der Internetpräsentation als herausragende Leistung zu werten. „Beeindruckend war, dass sich alle Jugendlichen intensiv an den einzelnen Aktivitäten und Phasen der Gestaltung und Umsetzung der beiden Projektergebnisse beteiligt haben“, konstatierte die Projektverantwortliche Dr. Geneviève Susemihl nach Abschluss der Aktion.



Viel Zeit wurde in das gegenseitige Kennenlernen investiert, damit alle Projektbeteiligten sich gegenseitig gut einschätzen konnten. „Alle haben sehr intensiv über ihre Interessen gesprochen und diese wurden dann in den einzelnen Projektschritten berücksichtigt“, betont Dr. Susemihl. „Zum Beispiel war ein Jugendlicher historisch sehr interessiert und würde gerne sogar Geschichte studieren. Die Recherchen im Stadtarchiv führte er mit großer Ausdauer und wahrer Begeisterung durch. Zwei andere junge Menschen interessierten sich besonders für Grafik und Layout. Diese haben dann in der Schlussphase am Layout der Broschüre tolle Arbeit geleistet. Auf diese Weise konnten die Jugendlichen ihre jeweiligen Stärken einbringen und haben sich mit dem Ergebnis persönlich identifizieren können. Schwächen

konnten so innerhalb der Gruppe ausgeglichen werden und das Ergebnis kann sich sehen lassen.“

Das Projekt setzte an einem Punkt an, der in der historisch-politischen Bildung in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat. Die Generation der unter 25-jährigen in Ost- und Westdeutschland hat die deutsche Teilung nicht mehr erlebt. Der Alltag in der DDR ist ihnen hauptsächlich durch mediale Verarbeitung in Filmen oder durch den Schulunterricht übermittelt. Teilweise wird der Bezug dieses Kapitels deutscher Geschichte zum eigenen Lebensumfeld aber gar nicht hergestellt – Wissen ist oftmals stark auf die Hauptstadt und die dortigen Gedenkstätten beschränkt. Subjektiv gefärbte Erinnerungen von Eltern, Groß-

eltern und anderen sind zwar präsent, doch fällt es Jugendlichen vielfach schwer, sie in den politisch-gesellschaftlichen Kontext zu setzen. Um diese Defizite zu beseitigen, hat die VHS Schwerin dieses Multiplikatorenprojekt durchgeführt.

DDR – wie war das noch?

„Vor dem Projekt wusste ich eigentlich nichts über die DDR“, räumte Juliane (22) aus Penzlin über ihre Vorkenntnisse ein. Differenziertere Aussagen konnten die Jugendlichen nach Abschluss der dreimonatigen Projektphase treffen. „Ich weiß, wie die Menschen in der DDR gelebt haben, und alles rund um die Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, sagte etwa Felix (20) aus Rehna. Maria (23) ergänzte: „In der DDR gab es nur zwei Fernsehsender.“ Maike (20) aus Hagenow war es wichtig herauszustellen: „Die DDR war eine Ein-Parteien-Diktatur unter der Herrschaft der SED.“ Doch auch für den ganz normalen Alltag von jungen Menschen in der DDR interessierten sich die Jugendlichen: „Früher hatten die Schüler acht Wochen Sommerferien“, fiel der neunzehnjährigen Madeleine auf. Und die zwei Jahre ältere Vivien fügte hinzu: „Die Menschen in der DDR mussten früher im Gegensatz zu heute samstags noch zur Schule gehen.“

Dieses Wissen erarbeiteten sich die Jugendlichen mit großem Einsatz – indem sie nämlich in Gruppen zur Geschichte ausgewählter Orte forschten. „Während des Projektes hatten wir uns zur Aufgabe gestellt, die DDR-Geschichte einzelner Gebäude und Plätze Schwerins zu recherchieren und mehr über gesellschaftliche, politische und kulturelle Themen der DDR erfahren“, so erläuterten die jungen Teilnehmenden die Zielrichtung.

„Um Antworten auf unsere Fragen zu finden, recherchierten wir in der Stadtbibliothek, der Landesbibliothek und im Stadtarchiv Schwerins sowie im Internet. Die Stadtführer Klauspeter Kirschke und Maria Luck erzählten uns interessante Fakten und spannende Anekdoten über die Stadtgeschichte und aus ihrem persönlichen Leben. Wir arbeiteten in kleinen Gruppen, erstellten Textdokumente und Powerpoint-Präsentationen, interviewten Zeitzeugen und erarbeiteten diese Broschüre. [...] Für uns war es interessant und aufschlussreich, mehr über die Geschichte der DDR zu erfahren.“

Neben bekannten Touristenattraktionen in Schwerin fanden sich dabei auch Lokaltäten im Visier der Forschenden, die bei herkömmlichen Stadtführungen nicht auf dem Programm stehen. Im „Großen Dreesch“, einem Stadtviertel, das im Rahmen des großen DDR-Wohnungsbauprogramms nach 1972 entstanden war, beschäftigten sich die Jugendlichen mit dem Thema „Wohnen in der Platte“. Überrascht zeigten sich die jungen Leute über die günstigen Preise der Mietwohnungen, die zwischen 80 Pfennigen und 1,25 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche lagen. Kurios erschien aus Sicht der jungen Menschen zugleich das genormte Wohnen in der Platte: Couchgarnitur rechts, Anbauwand links und eine Essecke vor der Küchendurchreiche – ein zweckmäßiger Wohnentwurf, auf den auch Entwürfe der Möbelhersteller wie der „MuFuTi“, der Multifunktions Tisch, angepasst waren.

Kritisches unerwünscht

Am ehemaligen Haus der Jungen Pioniere, in dem sich heute ein Restaurant befindet, beschäftigten sich die jungen Frauen und Männer mit der politischen Massenorganisation für die Kinder der Jahrgangsstufe eins bis sieben, die der Freien Deutschen Jugend (FDJ) angegliedert war. Die Kinder trafen sich regelmäßig nach der Schule zu „Pioniernachmittagen“ und trugen an diesen Tagen das typische Halstuch. Das „Kollektiv“ wurde in den Mittelpunkt gestellt, kritische Themen wie Meinungs-, Presse- oder Reisefreiheit waren unerwünscht. Im Stadtarchiv Schwerin stießen die jungen Frauen und Männer auf Quellen wie die Zeitung der Jungen Pioniere Schwerins „Die Flamme“ und fanden mehr über die Veranstaltungen in diesem Haus heraus. 1976 reichte das Programm beispielsweise von Quizveranstaltungen zu Themen wie „Die Sowjetunion – Land unserer Freunde“ und „Was hat Sport mit Politik zu tun“ über Festveranstaltungen bis zu Arbeitsgemeinschaften zur Freizeitgestaltung wie Tanzen, Kunst oder Modellbau.

Eine weitere Station auf dem DDR-Stadtrundgang durch Schwerin war das Schloss, das von 1945 bis 1952 Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und verschiedener Ministerien war und später eine Pädagogische Schule beherbergte, in der mehrere Generationen von Kindergärtnerinnen ausgebildet wurden. Im Staatstheater, in der

Stadtbibliothek und am Fernsehturm wurde die DDR-Kulturpolitik thematisiert. Am Alten Garten, einem repräsentativen Platz im Herzen Schwerins, beschäftigten sich die jungen Teilnehmenden schließlich mit Kundgebungen, Militärparaden und Feierlichkeiten am 1. Mai und am Tag der Republik. Im Justizgebäude am Demmlerplatz, das von 1953 bis 1989 als Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit genutzt wurde, wurden die Ausspähung und Überwachung der Bevölkerung sowie die Haftbedingungen von Verdächtigen und politischen Häftlingen thematisiert.

Durch das Projekt erhielten die Jugendlichen sowohl Einblicke in den ganz normalen Alltag in ihrer Heimatstadt vor 1989 als auch umfangreiche Informationen zu den politischen Rahmenbedingungen. Im Projekt ging es um mehr als die reine Wissensvermittlung der Geschichte der Orte. Durch die Konfrontation mit der Geschichte ihrer Heimatstadt wurden die Jugendlichen zum Reflektieren und Hinterfragen sozialer Werte, Normen und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und politischer Sozialisation angeregt.





Connecting Youth

Wie man das weltweite Web beim Wort nimmt

Unterm Dach der Mönckebergstraße 17 in Hamburg, in den Räumen der Volkshochschule, ist es heiß an diesem Julisonntag. Neun junge Leute zwischen 14 und 19 Jahren kleben in denkbar schlechter Haltung vor einer Reihe von PC-Monitoren. Julien, Rumeysa und Gianni skizzieren Ideen für eine künftige Website; die anderen bilden zwei Dreiergruppen, die Portraits voneinander erstellen. Faissal, 14, hat gerade den Text des Email-Interviews, das David mit ihm geführt hat, neben sein Foto gesetzt. Da soll noch mehr hinzukommen: Essgewohnheiten, Freizeitaktivitäten, Lebensträume. „Was ist Luxus für dich?“ ist eine der Fragen, die er beantworten wird. Später wird sich Faissal auch für ein „Zukunftsthema“ entscheiden:

Es wird um Fragen gehen, die den jungen Leuten wichtig sind in der globalisierten Welt: um Umweltfragen, Bildung und Kultur gleichermaßen wie um Wirtschaftsthemen.

Wie ist dein Alltag? Was erhoffst du dir von der Zukunft? Wie denkst du über Luxus und Armut? Was soll sich gesellschaftlich verändern?

Der Workshop, der im Sommer 2010 in Hamburg stattfand, war keine Übung für die Nutzung von Facebook. Aber er war auch nicht weit davon entfernt. Denn hier trafen sich Jugendliche zur Vorbereitung eines internationalen Projektes, das sich das Internet, genau wie Facebook, Twitter oder Schüler-VZ, zunutze macht. Das Internet wird dabei zum sozialen Medium, zum „Web 2.0“, zur Plattform und zum Treffpunkt. Die Jugend-

Hello? Hallo? Hello? Let's do it!

lichen werden zu „Prosumern“, zu Konsumenten und Produzenten zugleich. Das Ziel von „Connecting Youth“, einem Projekt der Jungen Volkshochschule Hamburg in Zusammenarbeit mit der Jungen Akademie für Zukunftsfragen, ist es, das „worldwide web“ beim Wort zu nehmen und Jugendliche weltweit zu vernetzen.

Dafür lernten Jugendliche aus Hamburg und Schleswig-Holstein in mehreren Workshops zunächst einmal, individuelle Profile zu erstellen und andere dafür zu interviewen. Profile und Interviews, Fotos und O-Töne werden auf einer speziellen, nichtöffentlichen Webseite gepostet, auf die man nur angemeldet zugreifen kann. 2010 standen dabei Herkunft, Interessen und Lebensräume der Jugendlichen im Fokus. Im zweiten Projektjahr wurden politische Themen und Zukunftsfragen thematisiert, die Lebenswelten der Jugendlichen mit Inhalten des globalen Lernens verbunden. In zwei mehrtägigen Arbeitstreffen erarbeiteten die Jugendlichen die folgenden Themengebiete:

- Klimawandel und Auswirkungen auf Gesellschaft und Natur
- Ernährung und Ethik
- Megacitys
- Rohstoffkrise
- Finanzpolitik
- Vorurteile und deren Auswirkungen
- Migrationspolitik

Ausgehend von ihren eigenen Interessen recherchierten die Jugendlichen dazu politisches Hintergrundwissen und bereiteten den Austausch mit den Partnern im Ausland vor.

Mit Hilfe von Blogs und Skype konnten sich die Jugendlichen dann mit Gleichaltrigen aus Serbien, Venezuela, Brasilien und der Dominikanischen Republik über diese Themen austauschen und Argumente vergleichen. Ronia, 15, aus Hamburg, interviewt per Telefon Paolo, 27, in Recife in Brasilien. Er arbeitet als DJ, liebt Internetgames und versteht unter Luxus, dass Leute ihre Probleme selbst lösen können und anderen dabei helfen, dass sie an Informationen kommen und Zugang zu Kommunikationsmöglichkeiten haben. Stella, 20, aus Kiel, und Julian, 15, aus Kellinghusen, telefonieren mit Gregori, 28, aus Caracas in Venezuela. Gregori liest viel, schreibt Geschichten und arbeitet mit benachteiligten Kindern. Die Politik und das System in Venezuela beurteilt er kritisch. Es gibt zu viel Ungleichheit, meint er. Über Homosexualität – ja, danach hat Julian ihn gefragt – denkt er wie die Jugendlichen in Hamburg: Lesbische oder schwule Freunde seien für ihn selbstverständlich.

Abschließend wurden die Erkenntnisse der Gespräche den anderen Teilnehmenden in Präsentationen zugänglich gemacht. Hierzu wurde auch ein so genannter virtueller Klassenraum genutzt. Die ersten Ergebnisse des Austauschs, der die Jugendlichen aktiviert hat, sich in gesellschaftspolitische Diskurse einzumischen, konnten auf einer internationalen Jugendkonferenz in Hamburg einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert werden. Gleichzeitig wurde eine umfangreiche Projektdokumentation der einzelnen Arbeitstreffen der jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer erstellt.



Der Blick auf das eigene Leben + Der Blick auf das Leben der Anderen + Der gemeinsame Blick in die Zukunft

Das Projekt „Connecting Youth“ ist niedrigschwellig und anspruchsvoll zugleich. Niedrigschwellig, weil die Jugendlichen Schritt für Schritt an die Möglichkeiten des Internets, an journalistische Arbeit, an politische Themen und an den Austausch mit internationalen Partnern herangeführt werden. Anspruchsvoll, weil jeder der Beteiligten über seinen Schatten gesprungen ist und den eigenen Horizont erweitert hat.

Autorin: Dr. Helle Becker. Dieser Artikel ist bereits erschienen in der GEMINI-Broschüre „Demokratie ist nie bequem, macht aber richtig Spaß“.

Das Medium ist nicht die Message – das ist eine Überzeugung, die hinter dem Projekt „Connecting Youth“ steht. Internetkommunikation braucht eine inhaltliche Rahmung und gute Organisation: dann bietet sie eine Chance für junge Leute, weltweit zu politischen Fragestellungen miteinander ins Gespräch zu kommen. Über Skype oder Mailverkehr, über Plattformen im Web 2.0 oder Blogs können Verbindungen zwischen Jugendgruppen weltweit hergestellt werden und unterschiedliche Perspektiven auf ein Thema werden greif- und erlebbar. Entscheidend für das Gelingen des Konzepts ist es, wie die Themen vorbereitet, aufbereitet und diskutiert werden. Je nach Fragestellung, Zielgruppe und Vorkenntnissen eignen sich unterschiedliche Ansätze, um Internetkommunikation für die politische Bildung nutzbar zu machen:

- In Alltagsinterviews geht es um die Lebensumstände vor Ort, um Wünsche für die Zukunft, um Träume und tägliche Schwierigkeiten von jungen Menschen in anderen Regionen der Welt. Kontakte der Hamburger Jugendlichen zu Jugendgruppen in Afghanistan und anderswo sind so etwa eingebettet in Impulsreferate zum Land, zur Geschichte und zur aktuellen Lage, in Diskussionen zu den Konfliktursachen und in ein Rahmenprogramm samt Festessen mit Spezialitäten und moderner und traditioneller Musik aus dem Land.



- Im Experteninterview werden Informationen von Expertinnen und Experten zu konkreten Länderfragen über vorab erarbeitete Fragenkataloge erarbeitet. Der Konflikt zwischen Guerilla, Armee und paramilitärischen Gruppen in Kolumbien wird bei „Connecting Youth“ auf diese Art und Weise über Web-Gespräche mit Menschenrechtsgruppen und einer Expertin aus der Entwicklungszusammenarbeit beleuchtet. Recherchen im Vorfeld und Überlegungen zu Handlungsoptionen nach Abschluss der Interviewphase sind notwendig, um die Informationen einordnen und zu diskutieren.
- Zeitzeugeninterviews bedürfen einer genauen Vorbereitung und behutsamen Durchführung und Begleitung. Wenn zum Beispiel Zeitzeugen der Kriege im ehemaligen Jugoslawien ausweichend oder ablenkend auf Fragen reagieren oder einseitig parteinehmend erzählen, so ist das nach dem Interview gemeinsam mit der Jugendgruppe zu untersuchen.

Skype-Interviews können im Einzel- oder auch im Gruppengespräch umgesetzt werden. Mehrere Kleingruppen, die höchstens aus vier Personen vor einem Rechner bestehen sollten, können parallel zueinander mit ihren Partnern im Ausland kommunizieren oder man setzt auf eine Trichteranordnung, in der ein wechselnder Interviewer im Vordergrund

vor dem Rechner sitzt und eine größere Gruppe als Publikum das Gespräch verfolgt. Wichtig ist es, das Gespräch im Voraus zu planen und Rollen zu verteilen. Fragebögen sollten so vorbereitet sein, dass Kennenlern-Momente, spielerische Elemente und inhaltliche Fragen und Diskussions-Anregungen aufeinander abgestimmt sind, um Ermüdung vorzubeugen.

Mit den einfachen Instrumenten von „Connecting Youth“ können Jugendgruppen angeregt werden, einen Blick über den eigenen Tellerrand hinaus zu werfen. Die Jugendlichen sprechen mit Menschen, mit denen sie trotz der weltweiten Vernetzung kaum jemals in Kontakt treten würden. Das Bildungskonzept der Skype-Interviews ist zu einem festen Bestandteil unterschiedlicher Angebote der Hamburger VHS und der Jungen Akademie für Zukunftsfragen geworden und das internationale Netzwerk rund um „Connecting Youth“ ist seit 2010 stetig weiter gewachsen. Engagierte Jugendliche und Teamer sowie ein Rechner mit guter Internetverbindung und der notwendigen Hard- und Software sind als Voraussetzungen für ein solches Projekt in der Regel ausreichend. Politische Bildung über Ländergrenzen hinweg – das lässt sich gut mit Medien und Methoden rund ums Web 2.0 gut bewerkstelligen.



„Das fängt im
Wohnzimmer an“

In der Demokratiewerkstatt bestimmen Jugendliche, was Politik für sie heißt

Mit einer Diskussionsrunde zur Videoüberwachung am Busbahnhof und der Wahl zu einem fiktiven Parlament fing es 2009 an. Im darauffolgenden Jahr entwarfen Jugendliche eine „Zukunftswerkstatt Europa“. Und ab 2011 kamen lokale Themen auf die Agenda. Mit den „Aufgaben kommunaler Selbstverwaltung“ beschäftigten sich die Stuhler Jugendlichen und die Aufstellung zweier „Schutzhütten“ setzten sie durch. Diese einfachen Holzhütten, in Art und Größe ähnlich wie Buswartehäuschen, ohne Strom und Licht, nur mit Tisch und Sitzgelegenheiten, dienen nun als mobile Treffs in der Gemeinde im Norden des Landkreises Diepholz.

Dieses breite Spektrum zeigt, für welche unterschiedlichen Themen und Anliegen sich junge Leute entscheiden, wenn ihnen der Freiraum dazu gegeben wird. Die Diskussion politischer Themen auf Bundes- und EU-Ebene ist ebenso relevant wie die Umsetzung konkreter Anliegen vor Ort. Der Ansatz der Demokratiewerkstatt der VHS Landkreis Diepholz ist so simpel wie wirkungsvoll: Die Jugendlichen können ihre Aktivitäten selbst bestimmen. Sie entscheiden, über welche Themen sie sprechen möchten und planen Aktionen, Projektwochen oder Exkursionen. Reinhild Olma, die von der VHS am Projekt mitgearbeitet hat, erläutert: „Das

Konzept wird von den Jugendlichen getragen. Sie schlüpfen dabei in die Rolle politischer Bildner, gestalten Bildungsangebote für ihr eigenes Umfeld, setzen sich so mit Politik auseinander und engagieren sich für die Demokratie.“

Das Konzept

„Es heißt ja immer, Jugendliche interessieren sich nicht für Politik, wir wollen zeigen, dass das nicht so ist“, so beschreiben die Projektverantwortlichen gegenüber einem Lokalredakteur die Motivation für das Projekt. Und sie ergänzen: „Mit dem Projekt wollen wir das Selbstbewusstsein der Jugendlichen stärken und ihnen den kritischen Umgang mit Politik und Parteien vermitteln.“ In Zusammenarbeit mit der Kooperativen Gesamtschule Stuhr-Brinkum hatte die VHS im Landkreis Diepholz ein Konzept entwickelt, das mit freiwillig teilnehmenden Schülerinnen und Schülern außerhalb des Unterrichts umgesetzt und erprobt wurde. Es beruht auf der Idee der Kooperation schulischer und außerschulischer Bildung, mit der beispielsweise in den Demokratiewerkstätten des Büdinger Kreises in Hessen schon seit vielen Jahren positive Erfahrungen gemacht wurden. Der methodisch-didaktische Ansatz wird wesentlich durch das daraus abzuleitende Prinzip der Selbstorganisation und einen möglichst großen (aber betreuten) Freiraum erreicht. Den Jugendlichen wird dadurch ermöglicht, Engagement zu erproben. Sie erschließen sich neue Zugänge

zur politischen Bildung – sowohl erlebnisorientiert durch Aktionen als auch kognitiv durch eigene Konzeptions- und schließlich Vermittlungsleistung. Durch die Rolle der Jugendlichen als politische Bildner entstehen positive Einstellungseffekte, und es werden Gleichaltrige auch außerhalb der Teilnehmenden der Werkstatt erreicht. Das Ziel des Konzepts ist es neben der Belebung der politischen Bildung und des Engagements für die Demokratie, die Vision einer jungen Bürgergesellschaft mit Leben zu füllen.

Demokratiewerkstatt 2009

„Demokratie fängt schon im Wohnzimmer an, nämlich bei der Frage, wer die Fernbedienung benutzen darf“, äußert sich einer der beteiligten Schüler des ersten Durchlaufs der Demokratiewerkstatt zur Frage, was in dieser „Werkstatt“ eigentlich bearbeitet wird. Bei den ersten Treffen des auf ein halbes Jahr angelegten Projekts wurden die grundsätzlichen Strukturen der Demokratie in Familie, Schule, Vereinen, Kommune und Staat geklärt. Anhand aktueller kommunaler Probleme wurden dann Gespräche mit der lokalen Politik geführt und ausgewertet. Die 13- bis 17-jährigen Jugendlichen machten sich auf den Weg ins Rathaus und diskutierten dort mit dem Bürgermeister und Ratsmitglieder aller Parteien zum Thema Videoüberwachung am Zentralen Omnibus-Bahnhof (ZOB). Kontrovers wurde es zur Frage, ob die Überwachung der richtige Weg ist, um Straftaten



an diesem städtischen „Brennpunkt“ zu verhindern und welche sinnvollen Wege es gibt, Probleme mit Lärm und Müll in den Griff zu bekommen. „Es war spannend, mit den Politikern zu sprechen“, befand einer der Schüler im Anschluss an die Veranstaltung. Ein anderer beschwerte sich jedoch: „Einer hat uns aber nicht so richtig ernst genommen.“ Dass die Politiker bei der Diskussion schon vorsorglich um die Stimmen der baldigen Jungwähler warben, war den Teilnehmenden der Demokratiewerkstatt dabei durchaus bewusst. Sie fanden aber auch viele ihrer Vorstellungen in den Konzepten

der Fraktionen wieder. Und es wurde ihnen deutlich, wie Meinungen in Gremien entstehen und wie dort gearbeitet wird.

Abgeordnete als Wahlhelfer

Ganz praktisch wurde in einer weiteren Aktion der Demokratiewerkstatt geprobt, was es eigentlich heißt, sich in einer Partei zu organisieren. Fünf Parteien hatten die Jugendlichen gebildet, die sich zum Teil an real existierenden Parteien orientierten. Am Wahltag präsentierten sie sich in den Fluren der Gesamtschule und versuchten ihre

Mitschüler und Wähler mit den eigenen Anliegen zu überzeugen. „Flower Power durchbricht jede Mauer“ war der Slogan einer Partei, die sich an den Grünen orientierte. Im Schulwahlkampf setzten sie sich unter anderem „gegen Kinderarmut“ und „für Fragebögen und Zeugnisse für Lehrer“ ein. Bewusst hatten sie Themen aus ihrer Alltagswelt gewählt, um ihre Mitschüler zum Kreuz an der richtigen Stelle auf dem Wahlzettel zu animieren. Die Partei „FKK – bei uns bleibt die Hose an“ forderte hingegen offene Schultüren, damit die Schüler auch vor Schulbeginn nicht in der Kälte stehen müssen. Daneben setzten sie sich für mehr Kindergartenplätze ein. 300 Wahlberechtigte gaben ihre Stimmen ab. Das öffentliche Auszählen übernahmen dann ganz reale Politiker verschiedener Parteien, die sich zum Gespräch mit den jungen Leuten eingefunden hatten. Zahlreiche Gemeinderäte, der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Mindermann sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Kramer waren der Einladung der Jugendlichen aus der Demokratiewerkstatt gefolgt. Dass die Politikerinnen und Politiker aus dem Projekt auch neue Impulse mit in ihre Arbeit nehmen, hoffte ein Lehrer der Gesamtschule, der das Betreiben der Jugendlichen beobachtete: „Vielleicht ist es die eine oder andere Idee ja wert, dass man sie auch in Stuhr umsetzt.“

Zukunftswerkstatt Europa 2010

Bei der Zukunftswerkstatt Europa 2010 entwickelten die Jugendlichen dann unter anderem Spiele, mit denen sie das Interesse ihrer Mitbürger für die europäischen Partnerstädte der Gemeinde Stuhr wecken wollten. „Wer weiß was?“ heißt das Spiel von Michael, Dominik und Tim, bei dem eine Reise auf der Landkarte durch

Europa unternommen wird und in Form von Ereigniskarten Fragen zu den vier Partnergemeinden Canton d'Ecommoy (Frankreich), Alcalá de Guadaíra (Spanien), Sigulda (Lettland) und Ostrzeszów (Polen) beantwortet werden. Mit „Fresstopia“ entwarfen Viktoria, Lena und Maik ein Spiel, in dem sich alles rund um Spezialitäten der polnischen Küche dreht. Und das Memory-Spiel von Kerin, Simge und Hülya verbindet Fotos und Hinweise zu den Abbildungen rund um die Partnergemeinden. Neben diesen spielerischen Zugängen zu Europa wurde in der Zukunftswerkstatt im Rahmen unterschiedlicher Workshops aber auch zu Fragen zum Bologna-Prozess, zur Energie- und Umweltpolitik und zu Finanzmärkten in der EU recherchiert und diskutiert.

Und wie geht es weiter?

Die Gemeindeverwaltung wurde durch das Engagement der Kinder und Jugendlichen überzeugt, das Angebot in Zukunft zu verstetigen und jährlich in der Kommune anzubieten. Die Beschäftigung mit kommunalen Fragestellungen ab 2011 ist auch in ein neues Projekt in Kooperation der Gesamtschule und der Volkshochschule gemündet. 2014 wird erstmals der Demokratieführerschein mit Förderung aus dem Kinder- und Jugendplan umgesetzt. Hier werden sich die Jugendlichen nun dafür einsetzen, ihre Anliegen in die politischen Entscheidungsprozesse vor Ort einzubringen und so auch tatsächlich umzusetzen, was ihnen wichtig ist.



Political and Cultural Guide

Ausbildung von jugendlichen Gästeküherern in Sachsen-Anhalt

Was Gregor, Uta, Katrin und Yvonne bei ihrer Abschlussprüfung leisten, das macht ihnen so schnell niemand nach. Zu den Themen Bauhaus-Architektur und -Philosophie, zum Naturlehrpfad der Bundesgartenschau in Dessau, zur Stadtgeschichte von Halle und zur Hundertwasser-Architektur der Grünen Zitadelle in Magdeburg haben sie Rundgänge durch ihre Städte und Regionen konzipiert. Die erste Führung ist nun die Feuerprobe: wecken die Themen das Interesse ihrer Zuhörerinnen und Zuhörer? Sind sie als Guides gewappnet für unerwartete Nachfragen? Und schaffen sie es, ihr jeweiliges Publikum mit kreativen Methoden und Denkanstößen zu begeistern?

Keine einfache Aufgabe für die jungen Leute, den Mitmenschen auf diese Weise Wissen über die eigene Stadt und Region zu vermitteln und dabei auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Anderthalb Stunden dauert eine Führung. Ganz unterschiedliche Zielgruppen nehmen daran teil. Von der B-Jugendmannschaft des örtlichen Fußballvereins über den Deutsch-Sprachkurs der Volkshochschule bis hin zur Kindergartengruppe mit Nachwuchs von 3 bis 6 Jahren reicht das Spektrum derjenigen, denen die jungen Absolventen des Programms „Political and Cultural Guide“ des Landesverbands Sachsen-Anhalt ein anspruchsvolles und unterhaltsames Programm bieten. Klar, dass hier



kein Standardprogramm abgespult werden kann. Je nach Alter, Sprachkenntnissen und Interessen der Gruppen muss eine Führung ganz anders aufgebaut sein. Spielerische Elemente sind bei den Kleinen gefragt, kommen aber auch durchaus bei Älteren gut an. Einfühlungsvermögen ist notwendig, eine gute Vorbereitung essentiell und authentisches, selbstbewusstes Auftreten trägt zum Gelingen der Führung bei.

Das Besondere an diesen Gästeführungen: die Guides sind selbst noch in der Schule, in Ausbildung oder haben gerade ein Studium begonnen. In 10 Wochenendkursen mit insgesamt 100 Unterrichtseinheiten haben

sie sich intensiv auf ihre neue Aufgabe vorbereitet. Mit der selbst konzipierten Führung zeigen sie, was sie gelernt haben. Neben einem anspruchsvollen Publikum, das nach Ende der anderthalbstündigen Führung Lob und Kritik äußern kann, werden die Jugend-Guides dabei auch durch eine fachkundige Jury beobachtet. Im sechsköpfigen Jury-Team sind neben Praktikern aus Weiterbildung und Tourismus auch eine Historikerin, ein Erlebnispädagoge und selbstverständlich ebenfalls ein Vertreter der teilnehmenden Gruppe vertreten.

Vielfältige Kompetenzen

Die jungen Guides konnten im Modellkonzept, das bereits 2006/07 vom Landesverband der Volkshochschulen Sachsen-Anhalt angestoßen wurde, gleich einen doppelten Abschluss erlangen. Parallel zur Schulung als „Political and Cultural Guide“ – deren Curriculum an die Regularien der „Ausbildung geprüfter Gästeführerinnen und Gästeführer in Sachsen-Anhalt“ des Tourismusverbands angelehnt ist – wurde auch die JuleiCa, ein bundesweit einheitlicher Ausweis für ehrenamtliche Mitarbeitende in der Jugendarbeit erworben. Die Jugendlichen weisen also nicht nur eine inhaltliche und methodische Qualifizierung, sondern auch eine Ausbildung als Gruppenleiter/in nach. Neben Wissen zur Region, historischen Grundlagen und Baustilkunde ging es bei der Schulung um Methodik und Didaktik. Beurteilt wurde am Ende der Aufbau der Führung, aber auch die Ansprache und Einbindung der Zielgruppe. Auch ein Kommunikationstraining sowie Aufklärung über Rechts- und Versicherungsfragen waren Gegenstand der zehn Trainingsmodule. Nicht zuletzt rundete ein Erste-Hilfettraining die Ausbildung zum Jugend-Guide des Landesverbands ab.

Die Ausbildung der Jugend-Guides erfolgte an unterschiedlichen Orten in ganz Sachsen-Anhalt. Volkshochschulen aus unterschiedlichsten Regionen des Flächenlands brachten ihre Expertise mit ein. Neben Dessau, Halle und Magdeburg waren Naumburg, Gommern im Jerichower Land sowie Gorenzen und Schierke im Harz Stationen der Ausbildung. In verschiedenen Modulen konnte bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Auseinandersetzung mit der eigenen Region in Gang gesetzt werden.

Folgende regionale Themen konnten sich die Jugendlichen erarbeiten:

- Burgen und Schlösser / Leben im Mittelalter (Kooperation der KVHSen Saalekreis und Burgenlandkreis)
- Agrarwirtschaft und Ökologie (KVHS Ohrekreis)
- Leben in der Landeshauptstadt Magdeburg (VHS Magdeburg)
- Magdeburg als Festungs- und Gartenstadt (VHS Magdeburg)
- Historische Landeskunde Sachsen-Anhalt (VHS Jerichower Land)
- Regionalgeschichte des Harz und Baustilkunde (VHS Harz gGmbH)
- Die Bedeutung des Bergbaus für Sachsen-Anhalt / Martin Luther (KVHS Mansfeld-Südharz)

Lernen durch Erleben

Überall wurde die Theorie mit der Praxis verbunden und erlebnispädagogische Methoden wurden direkt ausprobiert. Beim Mittelaltermodul in Naumburg brachten so etwa eine Ständetaufe und Ritterspiele den jungen Leuten nicht nur Erkenntnisse zum Leben in der mittelalterlichen Stadt und zur Bedeutung der Burgen und Schlösser der Region, sondern wurden auch in Hinblick auf ihren didaktischen Wert bei der Vermittlung von Wissen ausgewertet. Profigästeführungen dienten der Heranführung an die künftige Aufgabe als Jugend-Guide. Der Besuch eines Mittelaltermarkts und Workshops zu Handwerkskünsten wie Korbflechten und Filzen rundeten den historischen Teil des Moduls in Naumburg ab.





Im Folgemodul, das bei einem Wochenende auf Gut Glüsig im Ohrekreis stattfand, stand dann die Gegenwart im Mittelpunkt. Ökologische Landwirtschaft und Nachhaltigkeit waren Gegenstand der Führungen. Auch hier ging es um Lernen durch Erleben. Daneben wurden gruppendynamische Prozesse analysiert und diskutiert. Beim gemeinsamen Problemlösen und bei Übungen im Niedrigseilgarten waren Zusammenarbeit und die Fähigkeit, sich auf die Gruppe einzulassen, gefragt. Die jungen Frauen und Männer beschäftigten sich mit Rollenverteilungen und reflektierten die Aufgabe eines Gruppenleiters.

Bei einem Wochenendmodul im Harz stand

dann schließlich die Regionalgeschichte auf dem Programm. Auch hier gab es ein breites Themen- und Methodenspektrum. Eine bau- stilkundliche Stadtführung in der UNESCO- Welterbestadt Quedlinburg stand neben einer Führung rund um Schierke mit dem Schwerpunkt des Alltags zur Wendezeit 1989/90. Eine Sinneswanderung, eine Rallye und ein „Harztest“ zeigten, wie Erlebnispädagogik nicht nur zur Bespaßung dient, sondern eine Aktivierung der Teilnehmenden bewirkt. Langatmigkeit und Methodenarmut wollten die Jugendlichen für ihre künftigen Führungen auf jeden Fall vermeiden.

Insgesamt waren 20 Unterrichtseinheiten zum Thema „Rechtsfragen/Versicherung/

Gesellschaft“, 10 Einheiten zu „Kommunikation und Gruppenführung“ und 30 Einheiten für die „Praxis Gruppenführung und Theorie Methodik/Didaktik“ vorgesehen. 40 Einheiten verteilen sich auf die inhaltliche Vermittlung und Prüfung der Module „Wissen zur Region“, „Grundlagen der Landes- und Kirchengeschichte“ und „Baustilkunde“. So erhielten die Jugendlichen eine umfassende und vielseitige Einführung in die Aufgabe als Gästeführerinnen und Gästeführer. Auf innovativ-spannende Weise tauchten sie in das eigene Umfeld ein und erhielten das Handwerkszeug, um auch andere Jugendliche und Kinder für die eigene Stadt und Region zu interessieren.

Klar ist, dass mit der Ausbildung nur ein Einstieg gegeben wurde und auch über das Modellkonzept hinaus ein großes Engagement und Interesse an Fortbildung bei den jungen Leuten gefragt ist. Die jungen Teilnehmenden des Modellkonzepts erhielten während der Veranstaltungen Einblicke in ganz unterschiedliche Berufsfelder aus dem Bereich Sozial- und Bildungsarbeit sowie Unterhaltung und Tourismus und entwickelten so auch Perspektiven, um ihr Engagement in der Region eventuell in Zukunft auch professionell weiterzuentwickeln.

Hoffnungsloses Land?

Ausdrückliches Ziel des Projekts war es, Jugendliche für ein in ihren Augen oftmals „hoffnungsloses“ Land zu interessieren. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die feh-

lenden Lebensperspektiven haben dazu geführt, dass sich viele Jugendliche nicht mehr mit ihrem Bundesland identifizieren. Das Bundesland Sachsen-Anhalt ist seit der Wiedervereinigung Deutschlands durch einen anhaltenden Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet. Insbesondere die ländlichen Gebiete Sachsen-Anhalts aber zunehmend auch mittlere Städte sind von starken Einwohnerverlusten und Überalterung betroffen. Junge Menschen – insbesondere Frauen – zieht es vielfach in strukturstärkere Regionen Deutschlands, um Ausbildungs- und Berufsperspektiven zu entwickeln. Das Modellkonzept versuchte, an diesem Punkt gegenzusteuern und Hintergründe über die politische, soziale und wirtschaftliche Situation zu vermitteln.

Die Jugend-Guides, wie sie in Sachsen-Anhalt geschult wurden, entwickeln nicht nur Perspektiven für ihre eigene Zukunft in der Region. Gleichzeitig zeigen sie anderen Jugendlichen, was es vor Ort zu entdecken gibt und geben ihnen Einblicke in die Geschichte vor Ort. Es geht um „Heimat“ – verstanden nicht als Sammlung und Verklärung geographischer Einzelheiten, sondern als offene Fragestellung: „Was macht diese Stadt und Region für mich aus? Bin ich hier am richtigen Platz?“ Ziel ist es, die Identität der jungen Menschen gerade in vielfach eher negativ besetzten Regionen zu stärken und selbständige Netzwerke von jungen Menschen zu etablieren. Jugend-Guides können dabei eine Multiplikatorenfunktion übernehmen. Sie zeigen das Land aus ihrer

„jungen“ Perspektive und beweisen damit, dass es sich lohnt, hier etwas aufzubauen. Mit diesem Ansatz eignet sich das Konzept zur Übertragung auch in anderen Regionen – direkt im Anschluss wurden beispielsweise in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern Folgeprojekte umgesetzt.

Erfolgreicher Probelauf

Die Führungen in Dessau, Halle und Magdeburg zeigen: was Gregor, Yvonne und die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses ersten Durchlaufs des Modellkonzepts erarbeitet haben, das kommt an beim Publikum. Sie erhalten durchweg gute und sehr gute Bewertungen vom Publikum und der Jury. Vereinzelt Kritik, wenn z.B. ein junger Guide-Prüfling während der Führung seinen Kaugummi nicht aus dem Mund nimmt, zeigt den jungen Leuten, in welchen Bereichen sie noch an ihrem Auftreten arbeiten müssen. Schwierigkeiten tauchen auf, wo z.B. ein älterer Teilnehmer der Führung

ungefragt eine Rolle als Co-Dozent einnimmt und die junge Gäste-Führerin ständig unterbricht. Doch nicht nur diese Hürden werden gekonnt und mit Humor genommen. Das Projekt hat den jungen Leuten zweifellos nicht nur Wissen vermittelt. Sie wurden in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und zeigen nun ihren Mitmenschen, was ihnen selbst in ihrer Stadt und Region interessant erscheint und was ihnen hier besonders gefällt.



**Dein erstes
Mal?**



Europawahl für Erstwähler

Was wird im Europaparlament entschieden und was hat das mit mir zu tun? Wen wähle ich bei der Europawahl? Und was denken andere Menschen in meiner Stadt und meiner Region über Europa? Diese Fragen stellen sich Erstwählerinnen und Erstwähler bei der Veranstaltungsreihe „Mein erstes Mal, Europawahl“ an Volkshochschulen im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament am 25. Mai 2014.

Angesprochen sind alle, die 2014 zum ersten Mal an die Wahlurne dürfen. Das sind zum einen natürlich junge Menschen, die nach ihrem 18. Geburtstag bei der Europawahl zum ersten Mal ihre Stimme abgeben dürfen. Gleichzeitig sind das aber auch Ältere, die nach ihrer Einbürgerung nun in Deutschland wählen können. Der Austausch zwischen diesen beiden Gruppen ist Teil des Konzepts. Die Veranstaltungen bieten Raum für unterschiedliche Perspektiven auf die Möglichkeiten der Wahl und die Politik in der europäischen Union. „Grundlage der Demokratie ist Vielfalt – Vielfalt an thematischen Schwerpunkten, an Ideen und auch Meinungen. Eine Demokratie funktioniert nur, wenn diese Vielfalt in den gewählten Vertretungen gut repräsentiert wird – und dabei zählt jede Stimme!“ So werben Volkshochschulen für die Veranstaltungen.

Sinkende Wahlbeteiligung

Die Motivation für die Organisation der Veranstaltungen für die Volkshochschulen liegt auf der Hand. Die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament innerhalb der EU bzw. in den EU Mitgliedsstaaten ist von 62 Prozent im Jahr 1979 auf 43 Prozent

im Jahr 2009 konstant gefallen – und zwar im Schnitt um 3 Prozent pro Wahlgang. Diese Zahlen sind umso bedenklicher, da die 736 Abgeordneten des Parlaments nicht nur über den Brüsseler Haushalt und das Personal der EU-Kommission entscheiden sondern auch über ca. 60 Prozent der EU-Gesetzgebung, die alle EU-Staaten in den unterschiedlichsten Bereichen betrifft.

In vielen Fällen fühlen sich junge Menschen nicht ausreichend darüber informiert, wie die Entscheidungen des europäischen Parlaments sie tatsächlich betreffen. Zum anderen sind viele Bürger nicht davon überzeugt, dass ihre Stimme in der relativ komplizierten Verantwortungsstruktur der EU von Bedeutung sein kann. Hier setzt das Projekt „Mein erstes Mal, Europawahl“ an. An 12 Volkshochschulen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Bremen werden die Veranstaltungen zur Motivation von Erstwählern durchgeführt. Die teilnehmenden Erstwählerinnen und Erstwähler setzen sich durch interaktive Methoden mit dem Thema „EU“ einerseits sowie mit dem Thema „Wahl“ andererseits auseinander.

Die Zentralstelle für politische Jugendbildung im DVV hat in Kooperation mit dem Landesverband der Volkshochschulen in NRW ein Konzept für eine halbtägige Veranstaltung erstellt. Bei zwei Workshops mit den beteiligten Modellstandorten wurden die Konzepte erprobt, diskutiert und angepasst. Entstanden ist ein Leitfaden inklusive Toolkit mit hilfreichen Materialien, der bundesweit für Veranstaltungen zur Erstwählermotivierung genutzt werden kann.

Was geht mich das an?

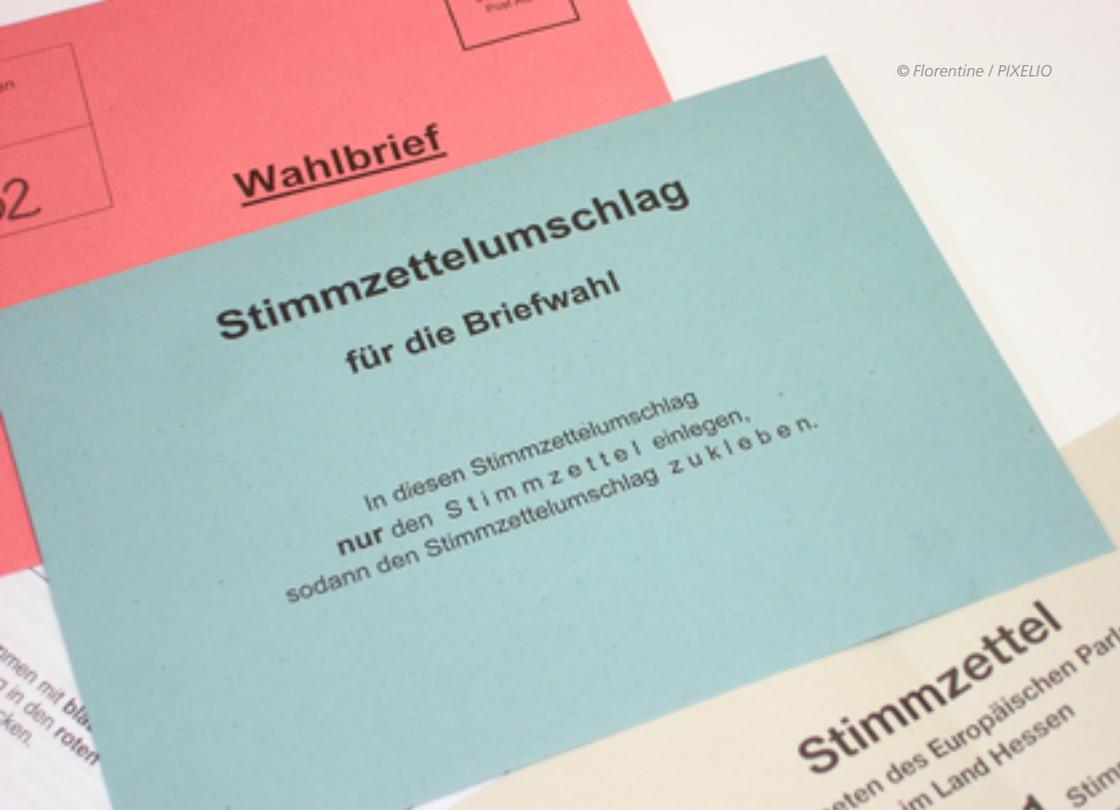
Während der interaktiven, vierstündigen Veranstaltungen durchlaufen die Teilnehmenden mehrere Stationen, die sie von der Diskussion der Frage „Worauf baut Europa?“ über den Entwurf einer Vision für die Staatengemeinschaft bis hin zu technischen Fragen des Wahlvorganges führt. Es geht darum, Errungenschaften und Probleme in der Europäischen Union zu diskutieren, beim Namen zu nennen und Positionen zu entwickeln. Gleichzeitig erweitern die Teilnehmenden ihr Wissen – sowohl zum nicht immer leicht zu durchschauenden politischen System des Staatenbundes, als auch zu europäischen Bürgerrechten und damit verbundenen Fragestellungen.

Nach der Begrüßung bringt eine Bodenzeitung der Europa-Union die Anwesenden durch verschiedene Fragen zur EU und zum Europäischen Parlament ins Gespräch. Sie begehen das Plakat und treffen dort persönliche Aussagen zu ihren Europa-Kenntnissen, beziehen aber auch Stellung zu kontroversen Fragestellungen wie „EU-Bürger mit ständigem Wohnsitz in Deutschland sollten an allen Wahlen teilnehmen dürfen“ und „Das Europäische Parlament muss mehr Rechte erhalten und sollte Gesetzesvorlagen einbringen können.“ Mit der Fragestellung „Worum sollte sich das Europäische Parlament dringend kümmern?“ ist dann der Raum geöffnet für eine Diskussion der dringenden Anliegen der Erstwählerinnen und Erstwähler in der Europäischen Union.

An weiteren Stationen bauen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr „Haus Europa“, indem sie dessen Umrisse mit Assoziationen zu Europa füllen. Ihre eigenen Ideen packen sie dabei in die Zimmer des Hauses, die gemeinsamen Vorstellungen bilden das Fundament. So wird eine direkte Auseinandersetzung mit den eigenen Vorstellungen von Europa angestoßen, gleichzeitig werden innerhalb der Gruppe aber auch Toleranz und Kompromissfindung erfahren. Anderswo wird ein Werbeplakat zur Europawahl entworfen. Auch hier geht es darum, sich in der Gruppe einig zu werden – passende, einprägsame Slogans sollen entworfen werden, gleichzeitig werden aber auch die Ursachen von Wahlmüdigkeit und politischem Desinteresse besprochen.

Von Warnhinweisen auf Zigarettenschachteln bis zum Verbot von Glühlampen

An der vierten Station begeben sich die Teilnehmenden auf die Spur konkreter Handlungsfelder der EU. Aus einer Tasche ziehen sie blind je einen Alltagsgegenstand, z.B. ein Handy, eine Glühbirne, einen EU-Führerschein, eine Euro-Münze und ein Spielzeug mit sichtbarem CE Zertifizierungslabel. Gemeinsam überlegen sie, was diese Gegenstände jeweils mit der EU zu tun haben. Die jeweiligen „Besitzer“ der Gegenstände erhalten Expertenkartchen und bringen gegebenenfalls zusätzliche Informationen in die Runde ein. So wird ein Austausch zu



unterschiedlichen Handlungsfeldern der EU angestoßen: von der Euro-Münze ist es nicht weit zur Thematisierung der Währungsunion, vom EU-Führerschein gelangt man zum Recht auf Freizügigkeit und das CE Label auf dem Spielzeug verdeutlicht das Handlungsfeld Produktsicherheit. Das Thema Verbraucherschutz wird dann vom „Besitzer“ des Handys angestoßen, indem hier auf die Begrenzung von Handygebühren im EU-Ausland durch die Roaming-Verordnung eingegangen wird. Kontroversen sind beim Thema Umweltpolitik zu erwarten, das durch die vieldiskutierte und EU-weit verbotene Glühlampe angestoßen wird. Zum Abschluss findet ein Quiz statt, bei dem spielerisch das Wissen der Teilnehmenden zum Hintergrund der besprochenen Rege-

lungen Maßnahmen getestet wird. Bei dieser Station wird Europa buchstäblich „greifbar“ und der Bezug dessen, was in Brüssel und Straßburg verhandelt wird, zum eigenen Alltag wird unmittelbar deutlich.

Politisches System und Wahl

Bei den weiteren Stationen werden die Erstwähler dann Schritt für Schritt durch den Prozess der Europawahl geführt. Es geht um Fragen des Wahlrechts, der Sitzverteilung und um europäische Parteien. „Wie kommen die Abgeordneten ins Parlament?“ – anhand dieser Fragestellung entwickeln die Teilnehmenden in Gemeinschaftsleistung ein Schaubild zur Europawahl.

Und nicht zuletzt geht es dann auch um den technischen Vorgang beim Wählen. In Gesprächen mit Erstwählerinnen und Erstwählern wird schnell deutlich, dass Unsicherheiten vor dem allerersten Gang zur Wahlurne nicht zu unterschätzen sind. Um den jungen, aber auch den älteren Teilnehmenden die Scheu vor diesem „ersten Mal“ zu nehmen, nehmen sie bei der Veranstaltung an einer Probewahl teil. Nach der Prüfung des Ausweises/ der Wahlbenachrichtigung und der Kontrolle der Wählerlisten erhalten die Erstwählerinnen und Erstwähler ihren Stimmzettel. Hierfür werden überschüssige Wahlzettel der vergangenen Europawahl genutzt, welche von den Wahlämtern zur Verfügung gestellt werden. Eine

echte Wahlurne steht zu Verfügung, so dass die Wahl realitätsnah simuliert werden kann. Einige Teilnehmende erhalten zusätzlich eine Szenario-Karte und übernehmen die Rolle von Wählern, bei denen etwas schief geht. So vertut sich ein Wähler und benötigt einen neuen Stimmzettel, ein anderer kommt mit offenem Stimmzettel nach vorne und fragt den Vorsitzenden um Rat. Die Standbetreuung kommentiert die Handlung und beantwortet aufkommende Fragen zur Gültigkeit eines Stimmzettels, zum Recht, einen Stimmzettel ungültig zu machen (aber trotzdem teilgenommen zu haben), zur Aushändigung eines zweiten Stimmzettels sowie den Vorgang der geheimen Wahl.



Standbetreuung durch Erstwähler

Ein bewährtes Konzept der politischen Jugendbildung ist es, Jugendliche aktiv in die Planung und Durchführung von Veranstaltungen mit einzubinden. Bei der Wahl-simulation können diese beispielsweise die einzelnen Stationen im Wahllokal besetzen. Aber auch an anderen Stationen oder bei der Organisation eines Rahmenprogramms zu den Europa-Stationen können sie Aufgaben übernehmen.

Ziel der Veranstaltung ist es, den Teilnehmenden einen Zugang zu komplexen Themen wie Europapolitik und Wahlen zu ermöglichen. Gleichzeitig werden innovative Methoden zur Motivation von jungen Leuten für die Beteiligung an Wahlen erprobt. Die Ergebnisse der Veranstaltungen werden in ein weiteres Projekt des DVV übergehen. Materialien und Bildungskonzepte mit und für Erstwähler werden aufgearbeitet und den Volkshochschulen zur Verfügung gestellt, um ähnliche Veranstaltungen auch im Vorfeld von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen anzustoßen.





**DVV:
Zentralstelle für
politische
Jugendbildung**

Der Deutsche Volkshochschul-Verband

Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) ist der Dachverband der Volkshochschularbeit in Deutschland. Er wurde am 17. Juni 1953 in Berlin gegründet. Im DVV sind die 16 Volkshochschul-Landesverbände in der Bundesrepublik Deutschland mit rund 1.000 Volkshochschulen und mehr als 3.000 VHS-Außenstellen zusammengeschlossen. Die Landesverbände der fünf neuen Bundesländer traten dem Dachverband 1991 bei. Zweck des Verbandes ist es, die Bildungsarbeit in den Volkshochschulen zu fördern und die dafür notwendige Interessenvertretung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wahrzunehmen. Der DVV erfüllt diese Aufgaben insbesondere durch

- die Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches der Mitglieder,
- die Entwicklung von Grundsätzen und Leitlinien für die Volkshochschularbeit,
- die Information der Öffentlichkeit über Aufgaben und Leistungen der Volkshochschulen,
- die Förderung der Qualität der pädagogischen Arbeit,
- die Planung und Durchführung von Veranstaltungen,
- die Förderung des globalen Lernens und der internationalen Zusammenarbeit.

Der DVV realisiert in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern Projekte zu didaktischen und weiterbildungspolitischen Fragen, etwa zur Integration und Migration, zu Alphabetisierung und Grund-

bildung, zur Ökologie und ländlichen Entwicklung, zur Geschlechtergerechtigkeit, zum interkulturellen und globalen Lernen. Er veröffentlicht Stellungnahmen, Materialien, Berichte; vierteljährlich gibt er *dis.kurs*, das Magazin des DVV, heraus.

Aus der Tradition internationaler Fachkontakte der Volkshochschulen ist das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV International) erwachsen, das heute weltweit Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Feld der Erwachsenenbildung durchführt. Die Zentrale des Instituts hat einen gemeinsamen Sitz mit der Bundesgeschäftsstelle des DVV in Bonn. Der DVV ist Mitglied des Trägervereins des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung. Er ist Mehrheits-Gesellschafter des ebenfalls vom DVV gegründeten Adolf Grimme Instituts und alleiniger Eigentümer der telc GmbH, der früheren Prüfungszentrale des DVV. Eine spezielle Einrichtung zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung im Volkshochschulbereich ist der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN, der vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem DVV gemeinsam getragen wird.

Kinder- und Jugendplan

Wichtigster Kooperationspartner bei der Förderung der politischen Jugendbildung im Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Kinder- und Jugendplan des Bundes. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist seit 1950 das Instrument auf Bundesebene, mit dem das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf der Grundlage des SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – die Tätigkeit der Kinder- und Jugendarbeit, inklusive Jugendbildung, anregt und fördert. Zuwendungen aus dem KJP sollen dazu beitragen, dass junge Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten, ihre Rechte wahrnehmen und ihrer Verantwortung in Gesellschaft und Staat nachkommen können. Sie sollen das Zusammenwachsen der jungen Generation in Deutschland und Europa fördern und zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Generationen beitragen. Der KJP schafft damit Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene.

Laut Richtlinien (I.4.1) gelten als Grundsätze der Förderpolitik des KJP: „Gefördert werden können

a) zentrale Maßnahmen nichtstaatlicher Organisationen, die für das Bundesgebiet als Ganzes von Bedeutung sind und die ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden können. Die Aufgaben werden in der Regel durch zentrale Fachorganisationen und -einrichtungen

wahrgenommen, denen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen; die Fachorganisationen und -einrichtungen unterstützen und begleiten insbesondere die Schaffung, Erhaltung und Verbesserung von Diensten und Einrichtungen, die Entwicklung und Durchführung von Modellvorhaben, die Initiierung von bedarfsgerechten Angeboten, die Qualifizierung von Fachkräften und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die träger- und fachübergreifende Zusammenarbeit;

b) Projekte von bundesweit („gesamtstaatlich“) repräsentativer Bedeutung...“

Im Rahmen dieser Bestimmungen ist die DVV-Zentralstelle tätig.

„Politische Bildung soll jungen Menschen Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik einschließlich der politisch und sozial bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft vermitteln. Sie soll die Urteilsbildung über gesellschaftliche und politische Vorgänge und Konflikte ermöglichen, zur Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen ebenso wie der Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt befähigen sowie zur Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung anregen.“ (siehe Richtlinien KJP v. 29.03.2012, II, 1).

Zentralstelle für politische Jugendbildung

Aufgabe der Zentralstelle im DVV ist die Koordination und Verwaltung der an den Volkshochschulen durchgeführten politischen Jugendbildung, die aus dem KJP gefördert wird. Der DVV schließt mit den Volkshochschulen vor Ort als Letztempfängern der KJP-Mittel einen Kooperationsvertrag ab. Ein Teil der Mittel steht zur Verfügung, um zusammen mit der Zentralstelle Modellkonzepte zu entwickeln.

In der Zentralstelle sind derzeit drei Jugendbildungsreferenten und zwei Projekt-sachbearbeiterinnen beschäftigt. Sie sind für die Initiierung, inhaltliche Planung, Koordinierung, Verwaltung und zentrale Steuerung der an den Volkshochschulen stattfindenden Veranstaltungen zuständig. Sie gestalten diese Aufgabe orientiert an einer verstärkten Kommunikation und Vernetzung der örtlichen Einrichtungen sowie einer inhaltliche Schwerpunktsetzung innerhalb der politischen Jugendbildungsarbeit. Die Zentralstellenreferenten sind im Kontakt mit benachbarten Arbeitsfeldern und allgemeinen Aufgabenstellungen der Weiterbildung (z.B. E-Learning, Grundbildung und Alphabetisierung) sowie DVV International, das im nationalen Rahmen einen besonderen Schwerpunkt auf entwicklungspolitisches und interkulturelles Lernen legt.

Ein wichtiges Arbeitsfeld sind ferner Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte für die politische Jugendbildung. Diese Maßnahmen werden in enger Anlehnung an die

Sascha Rex

Gremienvertretung, Controlling,
Planung, Beratung, Fortbildung

Tel: 0228 - 975 69 60
E-Mail: rex@dvv-vhs.de

Lisa Freigang

Planung, Beratung, Fortbildung,
Publikationen, Modellkonzepte

Tel: 0228 - 975 69 24
E-Mail: freigang@dvv-vhs.de

Anna Grüner

Planung, Beratung, Fortbildung,
Publikationen, Modellkonzepte

Tel: 0228 - 975 69 758
E-Mail: gruener@dvv-vhs.de

Martina Kulka

Projektsachbearbeitung

Tel: 0228 - 975 69 61
E-Mail: kulka@dvv-vhs.de

Andrea Steffens

Projektsachbearbeitung

Tel: 0228 - 975 69 751
E-Mail: steffens@dvv-vhs.de

Themenschwerpunkte des KJP geplant und im Rahmen eines Qualitätssicherungssystems evaluiert, das sich der Erarbeitung von Qualitätsstandards und dem Ausbau vorhandener Systeme widmet. In Kooperation mit den VHS-Landesverbänden entwickelt die Zentralstelle langfristig zertifizierte Fortbildungsreihen, die den VHS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den Mitarbeitenden anderer Träger eine Darstellung ihrer erworbenen Qualifikationen ermöglichen und im Sinne einer zunehmenden Professionalisierung positiv auf die Programmqualität und Methodenkompetenz der politischen Jugendbildung wirken.

Vierorts wurde die „Junge VHS“ als eigener Fachbereich oder eigenständige Abteilung der Volkshochschulen aufgebaut. In diesem Fachbereich sollen die Angebote der politischen Jugendbildung – speziell im Blick auf zunehmende rechtsextreme oder gewaltbereite Tendenzen und angesichts von Politikverdrossenheit oder -verweigerung bei Jugendlichen – weiter ausgebaut werden. Neben der Steuerung des KJP-Programms hat die Zentralstelle die Aufgabe, die Evaluation der bundesweit durchgeführten Maßnahmen zu intensivieren. Dazu gehören die Auswertung der Erfahrungen und die Reflexion von Einzelergebnissen hin zu verallgemeinerbaren Erkenntnissen, die eine Weiterentwicklung der Jugendhilfe anregen und innovative Konzepte hervorbringen können. Es werden regelmäßige Hospitationen der Veranstaltungen vor Ort

durchgeführt und die Praxisreflexion der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in gemeinsamen Arbeitstagen koordiniert. Ergebnisse der Beratungen wiederum werden allen Beteiligten durch gemeinsame Planungstagen zur Verfügung gestellt.

Die Zentralstelle betreut die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und zwar in Abstimmung mit dem Informations- und Publikationsreferat von DVV International und dem Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DVV. Zur Publikationspraxis der Zentralstelle gehören neben Broschüren zur politischen Jugendbildung an Volkshochschulen auch Unterrichtsmaterialien, DVDs und das Medienzentrum www.politischejugendbildung.de. Hier werden in einem aktuellen Kalender ein Programmüberblick ermöglicht und Veranstaltungsergebnisse und -dokumentationen veröffentlicht. Diese ermöglichen es sowohl Volkshochschulen als auch anderen Einrichtungen politischer Jugendbildung, Methoden und Konzepte für ihre Bildungspraxis zu übertragen. Zu den Aufgaben der Zentralstellenreferenten gehört es zudem, sich über die Mitwirkung in der Jugendbildungsinitiative GEMINI und der programmspezifischen Arbeitsgruppe des Jugendministeriums (BMFSFJ) am Erfahrungsaustausch wie dem Ergebnistransfer in den politischen Raum hinein zu beteiligen und den Austausch mit dem Ministerium zu vertiefen. So findet auch ein Einsatz für die Sicherung und Förderung der politischen Jugendbildung statt.

Antragstellung

Im Programm „Politische Jugendbildung“ beim DVV werden innovative und adressatenorientierte Bildungskonzepte gefördert, die jungen Menschen nahe an ihrem Lebensumfeld gesellschaftliche Zusammenhänge und Zugänge zu Beteiligungsmöglichkeiten vermitteln und sie so unterstützen, aktiv am öffentlichen Leben teilzunehmen.

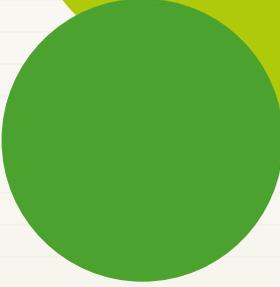
Gefördert werden können außerschulische, ein- oder mehrtägige Maßnahmen der politischen Bildung für junge Leute von 10 bis einschließlich 26 Jahre, Arbeitstagungen für ehren-, neben- oder hauptamtlich in der Jugendhilfe tätige Personen und Modellprojekte. Die Veranstaltungen bzw. Kurse müssen an jedem Seminartag einen Mindestumfang von 6 UE haben. Grundlage für die Förderung sind die Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP).

Anträge für Veranstaltungen müssen bis spätestens 30.11. für das kommende Haushaltsjahr eingereicht werden. Die Antragstellung ist ausschließlich über das Online-System unter <https://antrag.dvv-vhs.de/> möglich.

Nach positiver Prüfung des Antrags durch die Zentralstelle und Bewilligung durch das Bundesverwaltungsamt (meist erst im laufenden Haushaltsjahr) schließt der DVV mit den Volkshochschulen vor Ort als Letztempfängern der KJP-Mittel einen Weiterleitungsvertrag mit einer maximalen Zuwendungssumme sowie den bewilligten Veranstaltungen für das Haushaltsjahr. Jede Volkshochschule kann sich ihre maximale

Zuwendungssumme im Rahmen der bewilligten Anträge einteilen.

Detaillierte Informationen zur Förderung finden Sie unter www.politischejugendbildung.de



www.politischejugendbildung.de

IV

Literatur

Klaus Ahlheim, *Erinnern und Aufklären – Interventionen zur historisch-politischen Bildung*. Hannover 2009.

Klaus Ahlheim, *Rechtsextremismus – Ethnozentrismus – Politische Bildung*. Hannover 2013.

Klaus Ahlheim/Matthias Heyl (Hg.), *Adorno revisited – Erziehung nach Auschwitz und Erziehung zur Mündigkeit heute*. Hannover 2010.

Klaus Ahlheim/Johannes Schillo (Hg.), *Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung*. Hannover 2012.

Klaus J. Bade, *Kritik und Gewalt – Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft*. Schwalbach/Ts. 2013.

Heidi Behrens/Jan Motte (Hg.), *Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft – Zugänge, Konzepte, Erfahrungen*. Schwalbach/Ts. 2006.

Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling (Hg.), *Lernfeld DDR-Geschichte - Ein Handbuch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung*. Schwalbach/Ts. 2009.

Anja Besand/Wolfgang Sander, *Handbuch Medien in der politischen Bildung*. Schwalbach/Ts. 2010.

Tanja Betz/Wolfgang Gaiser/Liane Pluto (Hg.), *Partizipation von Kindern und Jugendlichen - Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten*. Schwalbach/Ts. 2010.

Horst Biedermann, *Junge Menschen an der Schwelle politischer Mündigkeit. Partizipation: Patentrezept politischer Identitätsfindung?* Münster, New York, München, Berlin 2006.

Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hg.), *Demokratie braucht politische Bildung*. Schwalbach/Ts. 2004.

Lothar Böhnisch/Wolfgang Schröer, *Politische Pädagogik – Eine problemorientierte Einführung*. Weinheim und München 2007.

Michael Brodowski u.a. (Hg.), *Informelles Lernen und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Beiträge aus Theorie und Praxis*. Opladen u.a. 2009.

Mart Busche, Laura Maikowski, Ines Pohlkamp, Ellen Wesemüller (Hg.): *Feministische Mädchenarbeit weiterdenken - Zur Aktualität einer bildungspolitischen Praxis*. Bielefeld 2010.

Christoph Butterwegge, *Armut in einem reichen Land – Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*. Frankfurt am Main/New York 2009.

- Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), Massenmedien, Migration und Integration - Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden 2006.
- Demokratie stärken – Zukunft denken. Aus der Praxis der politischen Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen. Hg. vom Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung NRW. Dortmund 2005.
- Joachim Detjen, Politische Bildung – Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München und Wien 2007.
- Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Demokratieführerschein. Bonn 2011.
- Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Mitmischen! Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Programmgestaltung von Jungen Volkshochschulen. Bonn 2012.
- Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Partizipation, Respekt, Demokratie, Integration – Aktuelle Beispiele politischer Jugendbildung in Volkshochschulen. Bonn 2012.
- Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Was hat das mit mir zu tun? Politisch-historische Jugendbildung in Volkshochschulen zum Thema „20 Jahre Friedliche Revolution 1989“. Bonn 2010.
- Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung. Bonn 2011.
- Joachim Faulde/Birgit Hoyer/Elmar Schäfer (Hg.), Jugendarbeit in ländlichen Regionen – Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. Weinheim 2006.
- Eva Feldmann-Wojtachnia (Hg.), Aktiv eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit – Seminarbausteine zur bewussten Auseinandersetzung mit Identität und Toleranz. Schwalbach 2008.
- Rolf Frankenberger/Siegfried Frech/Daniela Grimm (Hg.), Politische Psychologie und politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2007.
- Siegfried Frech/Ingo Juchler (Hg.), Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2011.
- Karsten Fritz/Katharina Maier/Lothar Böhnisch, Politische Erwachsenenbildung – Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Weinheim und München 2006.
- Richard Gebhardt/Anne Klein/Marcus Meier (Hg.), Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft – Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Weinheim/Basel 2012.

GEMINI – Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung im bap (Hg.), „Demokratie ist nie bequem, macht aber richtig Spaß.“ Aktuelle Projekte der politischen Jugendbildung. Berlin 2012.

GEMINI – Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung im bap (Hg.), „Ich fand's Hammer!“ Aktuelle Projekte der politischen Jugendbildung. Berlin 2012.

GEMINI – Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung im bap (Hg.), „Unter die Haut.“ Aktuelle Projekte der politischen Jugendbildung. Berlin 2012.

Rolf Gloël/Kathrin Gützlaff, Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg 2005.

Michael Görtler/Fritz Reheis (Hg.), Reifezeiten – Zur Bedeutung der Zeit in Bildung, Politik und politischer Bildung, Schwalbach/Ts. 2012.

Renate Grasse/Bettina Gruber/Günther Gugel (Hg.), Friedenspädagogik – Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven. Reinbek 2008.

Benno Hafener (Hg.), Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen – Handlungsfelder – Akteure. Schwalbach/Ts. 2011.

Thomas Hellmuth/Cornelia Klepp, Politische Bildung - Geschichte, Modelle, Praxisbeispiele. Wien, Köln, Weimar 2010.

Klaus-Peter Hufer, Argumente am Stammtisch - Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. Schwalbach/Ts. 2006.

Klaus-Peter Hufer et al. (Hg.), Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2013.

Klaus-Peter Hufer/Kerstin Pohl/Imke Scheurich (Hg.), Positionen der politischen Bildung 2 - Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 2004.

Peter Krug/Ekkehard Nuissl (Hg.), Praxishandbuch Weiterbildungsrecht – Fachwissen und Rechtsquellen für das Management von Bildungseinrichtungen. München/Unterschleißheim 2004.

Alexander Lahner, Bildung und Aufklärung nach PISA – Theorie und Praxis außerschulischer politischer Jugendbildung. Wiesbaden 2011.

Landesverband der Volkshochschulen von NRW (Hg.), Reader Politische Bildung an Volkshochschulen – Grundlagen und Praxisbeispiele. Düsseldorf 2012.

- Dirk Lange/Ayça Polat (Hg.), Unsere Wirklichkeit ist anders – Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Nr. 1001, Bonn 2009.
- Jochen Leyhe (Hg.), Europas Zukunft – Unsere Aufgabe. Aktionen, Standpunkte, Materialien. Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (IIZ/DVV). Bonn 2005.
- Bettina Lösch/Andreas Thimmel (Hg.), Kritische politische Bildung – Ein Handbuch. Schwalbach/Ts. 2010.
- Peter Massing/Klaus-Bernhard Roy (Hg.), Politik – Politische Bildung – Demokratie. Schwalbach/Ts. 2005.
- Janne Mende/Stefan Müller (Hg.), Emanzipation in der politischen Bildung. Theorien – Konzepte – Möglichkeiten. Schwalbach/Ts. 2009.
- Barbara Menke/Klaus Waldmann/Peter Wirtz (Hg.), Kulturelle Vielfalt – Diskurs um die Demokratie. Politische Bildung in der multireligiösen und multiethnischen Gesellschaft. Schwalbach/Ts. 2006.
- Müller, Ulrich et al. (Hg.), Methoden-Karothothek. Spielend Seminare planen, Bielefeld 2012.
- Oskar Negt, Der politische Mensch - Demokratie als Lebensform. Göttingen 2010.
- Heinrich Oberreuter (Hg.), Standortbestimmung Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2009.
- Bernd Overwien/Hanns-Fred Rathenow (Hg.), Globalisierung fordert politische Bildung – Politisches Lernen im globalen Kontext. Opladen 2009.
- Heike Radvan, Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn 2010.
- Roland Roth, Bürgermacht – Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg 2011.
- Wolfgang Sander (Hg.), Handbuch politische Bildung. 3., völlig überarbeitete Auflage, Schwalbach/Ts. 2005.
- Barbara Schäuble: „Anders als wir“ – Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Anregungen für die politische Bildung. Berlin 2012.
- Siegfried Schiele, Demokratie in Gefahr? Schwalbach/Ts. 2013.

Lothar Scholz, Methoden-Kiste, Bonn 2010.

Achim Schröder/Nadine Balzter/Tommy Schroedter, Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Weinheim 2004.

Gerd Steffens (Hg.), Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung – Eine kritische Einführung. Münster 2006.

Benedikt Sturzenhecker/Werner Lindner (Hg.), Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit - Vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis. Weinheim und München 2004.

Bernhard Sutor, Politisch Lied – ein garstig Lied? 25 Essays zur politischen Ethik. Schwalbach/Ts. 2011.

Georg Weißeno u.a. (Hg.); Wörterbuch Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2007.

Benedikt Widmaier/Gerd Steffens (Hg.), Weltbürgertum und Kosmopolitisierung – Interdisziplinäre Perspektiven für die Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2010.

Benedikt Widmaier/Frank Nonnenmacher (Hg.), Active Citizenship Education – Internationale Anstöße für die Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2010.

Benedikt Widmaier/Frank Nonnenmacher (Hg.), Partizipation als Bildungsziel – Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2011.

Benedikt Widmaier/Bernd Overwien (Hg.), Was heißt heute kritische politische Bildung? Schwalbach/Ts. 2013.